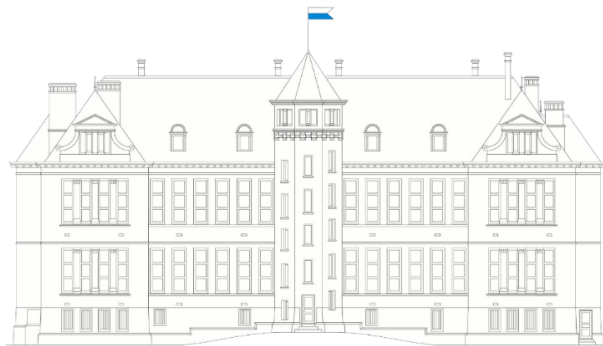


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte!

Die Erinnerung ist noch frisch: Vor fast fünf Jahren, am 23. Juni 2016, stimmten die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs für den Austritt aus der Europäischen Union. Neun Monate später, im März des Folgejahres, kam der Austrittsprozess in Fahrt: Großbritannien reichte beim Rat der EU offiziell seine Austrittserklärung nach Artikel 50 des EU-Vertrages ein. Was folgte war ein zähes Ringen um eine gütliche Einigung: Wenn schon „Brexit“, dann geordnet, so die allgemeine Erwartung. Am 31. Januar 2020 verließ das Vereinigte Königreich die Europäische Union. Umso wichtiger war, dass bereits unmittelbar im Anschluss die Verhandlungen für eine neue Partnerschaft begannen. Mit Erfolg, wie sich heute zeigt: Noch im Dezember 2020 erzielten die Verhandlungsführer eine Einigung über die künftigen Beziehungen. Damit ist ein ungeregeltes Nebeneinander verhindert. Soweit der „Brexit“ im Zeitraffer.



Nun beginnt die Zeit danach. Klar ist: Das Vereinigte Königreich ist für Bayern ein wichtiger Partner und wird es auch bleiben. Unsere bilateralen Beziehungen sind von besonderer Qualität und Bedeutung – politisch und gerade auch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und innerer Sicherheit. Mir war wichtig, dies kürzlich im virtuellen Austausch mit der britischen Europaministerin *Wendy Morton* zu betonen. Daher begrüße ich die Entscheidung des Europäischen Parlaments von vergangendem Dienstag: Die Abgeordneten haben mit 660 Stimmen, bei fünf Gegenstimmen und 32 Enthaltungen, grünes Licht für das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit gegeben. Damit haben die künftigen Beziehungen mit unseren englischen Freunden eine stabile, umfassende und belastbare Basis erhalten. Es liegt nun an uns, an der Politik, letztlich aber an allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren bewährte Verbindungen zu pflegen, aufgerissene Gräben gemeinsam zu überbrücken und neue Bande zu knüpfen.

Im Geiste guter bayerisch-britischer Beziehungen ist auch das Ziel der Bayerischen Staatsregierung zu verstehen, in der britischen Hauptstadt London ein Bayerisches Büro zu eröffnen. Sobald dies die Rahmenbedingungen der Pandemie zulassen, können die finalen Schritte eingeleitet werden. In diesem Sinne, packen wir es an!

Ein besonderes Ereignis elektrisiert dieser Tage die Europäische Union. Am Europatag, dem 9. Mai 2021, erfolgt der offizielle Startschuss für die Konferenz zur Zukunft Europas. Jeder darf sich ermutigt fühlen, für unsere Europäische Union konstruktiv an der Konferenz mitzuwirken. Wo können wir Gutes noch besser machen? Wo gibt es Potenzial, um gemeinsam mehr zu erreichen? Wie lassen sich auch die Regionen in



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 08/2021 vom 30.04.2021



Europa stärken, gerade dort wo die Bürgerinnen und Bürger hautnah die europapolitischen Zusammenhänge spüren? Die verschiedenen Beteiligungsformen, darunter auch Bürgerdialoge, sind ein Angebot von Europa für Europa. Kurzum [#DieZukunftGehörtDir #TheFutureIsYours!](#)

So verbleibe ich mit dem Wunsch, dass unsere aktuelle Ausgabe des Europaberichts für Sie viele interessante europapolitische Einblicke bereithält. Bleiben Sie gesund und bis bald!

Ihre Melanie Huml



Editorial	2
<i>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN</i>	9
Europäisches Parlament.....	9
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 26.-29.04.2021: Reisezertifikat, Russland, Brexit u. a.	9
Portugiesische Ratspräsidentschaft	11
EU-Außenminister besorgt über die Militäraktion Russlands und über den Konflikt in Äthiopien	11
Europaminister führen Rechtstaatlichkeits-Dialog fort – im Fokus Justiz, Korruption, Medien und Bürgerbeteiligung	11
EU-Entwicklungsminister beraten über Optimierungsmöglichkeiten der künftigen europäischen Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung.....	12
Institutionelles	12
Bessere Rechtsetzung – Kommission veröffentlicht ihren künftigen Weg	12
Eurobarometer Winter 2020/2021: Vertrauen in die EU und Image der EU auf 10 Jahres-Hoch	12
Internationale Beziehungen	13
Diplomatenstreit zwischen Tschechien und Russland eskaliert	13
EU unterstützt COVID-19-Impfkampagnen in Afrika	13
EU leistet humanitäre Hilfe für die Regionen am Horn von Afrika	14
Europaabgeordnete sehen EU-Türkei-Beziehungen auf historischem Tiefpunkt.....	14
Medien	14
Kommissar <i>Breton</i> schlägt europäischen Rechtsakt für Medienfreiheit vor	14
<i>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION.....</i>	16
Covid-19.....	16
Europäisches Parlament nimmt Verhandlungsmandat zu digitalem grünen Pass an	16
Künstliche Intelligenz.....	16
Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor	16
Cybersicherheit	17
Rat gibt grünes Licht für Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Bukarest	17
Datenschutz	17
EDSA nimmt zu Angemessenheitsbeschlüssen in Bezug auf das Vereinigte Königreich Stellung	17
LIBE-Ausschuss fordert klare Richtlinien zum Datentransfer mit den USA	17



Polizeiliche Zusammenarbeit	18
EU-Konsultation zum neuen EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit gestartet	18
Asyl und Migration	18
Kommission legt EU-Strategie zu freiwilliger Rückkehr und Reintegration vor	18
EU und Afghanistan unterzeichnen Gemeinsame Erklärung zur migrationspolitischen Zusammenarbeit	19
Weniger Zuerkennungen von Schutzberechtigung im Jahr 2020	19
Ukrainer unter den zehn antragsstärksten Nationalitäten	19
Terrorismus	19
Terroristische Online-Inhalte: Finale Zustimmung des Europäischen Parlaments	19
Katastrophenschutz	20
Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vom Europäischen Parlament gebilligt	20
Wahlen	20
EU-Konsultationen zum Wahlrecht mobiler EU-Bürger gestartet	20
Straßenverkehrssicherheit	20
Zahl der Verkehrstoten in Europa auf historischem Tiefstand	20
EuGH: Folgen einer Trunkenheitsfahrt bzw. Fahrt unter Drogeneinfluss mit ausländischem EU-Führerschein	21
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	22
Verkehrspolitik	22
Kommission führt Befragung zum Fahrplan für nachhaltige urbane Mobilität durch	22
Kommission gibt Preisträger für nachhaltige Mobilität bekannt	22
Straßenverkehr	23
Europäisches Parlament fasst Entschließung zur Straßenverkehrssicherheit	23
Kommission führt Befragung zur Fahrzeugsicherheit durch	23
Luftverkehr	24
Kommission veröffentlicht drei Verordnungen für den Drohnenbetrieb	24
Binnenschifffahrt	24
Europäisches Parlament fasst Entschließung zum Seeverkehr	24
Bauen und Wohnen	25
Kommission lobt Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus aus	25
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Februar 2021 in der EU	25



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	26
Einigung bei Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet	26
Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen	26
Europäisches Parlament und Rat nehmen Finanzprogramm „Justiz“ an	27
Europäisches Parlament billigt Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr	27
Dialog zur Rechtsstaatlichkeit in Deutschland	27
Terrorismusregister von Eurojust soll überarbeitet werden	28
Kommission plant IT-Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen	28
Öffentliche Konsultationen zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Schutz von Geschmacksmustern	29
EuGH: Folgen einer Trunkenheitsfahrt bzw. Fahrt unter Drogeneinfluss mit ausländischem EU-Führerschein	29
EuGH: Keine pauschale Ausgleichszahlung bei Flugumleitung zu nahe gelegenem Flughafen	30
EuGH: Beteiligung von Premierminister an Richterernennung in Malta zulässig.....	30
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....	32
Forschung/Hochschulen.....	32
Europäisches Parlament stimmt Horizont Europa endgültig zu	32
Europäischer Forschungsrat (ERC) vergibt Advanced Grants	32
Kultur.....	33
Kommission lobt Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus aus	33
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE	34
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	34
Nachhaltiges Finanzwesen: Kommission legt delegierten Rechtsakt zur Taxonomie und Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vor	34
Regionalbeihilfen: Kommission nimmt überarbeitete EU-Regionalleitlinien an.....	34
Kohäsionspolitik: Kommission veröffentlicht Bericht über die Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds.....	35
Binnenmarktprogramm: Finale Zustimmung des Europäischen Parlaments	35
Terroristische Online-Inhalte: Finale Zustimmung des Europäischen Parlaments	35
Mechanismus für einen gerechten Übergang: Politische Einigung zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor	36
Konsultation zur Verlängerung von Übergangsbestimmungen im Bereich zentraler Gegenparteien aus Drittstaaten.....	36
Fahrplan zur Strategie für EU-Kleinanleger	36
EU-Kartellrecht: Deutsche Bank an Kartell beteiligt	37



EU-Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbußen gegen Deutsche Bahn und andere Eisenbahnunternehmen	37
Technologie und Innovation.....	37
Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor	37
Europäisches Weltraumprogramm: Rat und Europäisches Parlament bestätigen politische Einigung	37
Neues Wissenszentrum für Erdbeobachtung	38
Außenwirtschaft.....	38
Konsultation zur Halbzeitevaluierung des Zollkodex der Union	38
Kein Vorankommen bei Rahmenabkommen mit der Schweiz	38
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	40
Umwelt	40
Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zum Bodenschutz an	40
Kommission veröffentlicht Studie zu „Carbon Farming“	40
Kommission führt Befragung zum Fahrplan für nachhaltige urbane Mobilität durch.....	41
Mechanismus für einen gerechten Übergang: Politische Einigung zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor.....	41
Kommission lobt Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus aus	42
Vorläufige Einigung im Trilogverfahren zum Europäischen Klimagesetz.....	42
Nachhaltiges Finanzwesen: Kommission legt delegierten Rechtsakt zur Taxonomie und Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vor	43
Verbraucherschutz.....	43
Verbot der Käfighaltung in der EU: Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative.....	43
Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor	44
Kommission leitet Konsultation zu statistischen Daten für Marktüberwachung ein	44
Kommission führt Befragung zur Fahrzeugsicherheit durch.....	45
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	46
Tagung Agrarrat	46
Kommission veröffentlicht Studie zu Carbon Farming	47
Kommission nimmt neue Interventionsregelungen für Obst und Gemüse im Rahmen der GAP an.....	47
Kommission veröffentlicht Entwurf für Rechtsakt über Aufzeichnungen im Ökolandbau	48
Kommission veröffentlicht Entwurf für Rechtsakt zur Aktualisierung der Vorschriften für Handel mit Öko-Erzeugnissen	48
Kommission veröffentlicht Entwurf für Rechtsakt zur Anerkennung von Kontrollbehörden und Kontrollstellen gemäß Öko-Verordnung	48



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	49
Europäisches Parlament billigt Programm „Rechte und Werte“ für den EU-Haushalt 2021-2027	49
Neuer Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ist künftig leichter zugänglich	49
Initiative fordert starkes Signal des EU-Sozialgipfels im Kampf gegen Obdachlosigkeit	50
Umsetzung der neuen EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen angemahnt	50
Europäischer Solidaritätskorps: EU-Mittel für Jugendeinrichtungen und junge Menschen.....	51
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	52
Coronavirus: Europäisches Parlament nimmt Verhandlungsmandat zu digitalem grünem Pass an	52
Coronavirus: Europäisches Parlament billigt erleichterte Zulassung für adaptierte Impfstoffe	52
Coronavirus: Gerichtsverfahren gegen AstraZeneca wegen Vertragsverletzung startet	53
Coronavirus: Technische Umsetzung des digitalen grünen Zertifikats	53
Coronavirus: Kommission verlängert Mehrwertsteuer- und Zollbefreiung für importierte medizinische Ausrüstung.....	53
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES.....	55
Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor	55
Technische Umsetzung des Digitalen Grünen Zertifikats	55
Auszeichnung EU-geförderter Filme bei den Academy Awards	56



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 26.-29.04.2021: Reisezertifikat, Russland, Brexit u. a.

Das Plenum hat am 29.04.2021 seine Haltung zum geplanten „Digitalen Grünen Zertifikat“ der Kommission (das Plenum bevorzugt den Begriff „COVID-19-Zertifikat der EU“) festgelegt (zu den Einzelheiten siehe Beiträge des StMI, StMGP und StMD in diesem EB).

Zur Eindämmung der Pandemie hoben die Abgeordneten die Wichtigkeit von Tests hervor. Diese dürften aber keine Frage des Einkommens sein. Vielmehr sollen die EU-Länder „für allgemeinen, leichten, zeitnahen und kostenlosen Zugang zu COVID-19-Tests“ sorgen.

Am selben Tag haben die Abgeordneten ihre Unterstützung für die Ukraine, ihre Verurteilung des „feindlichen Verhaltens“ Russlands in Europa und ihre tiefe Besorgnis über dessen Truppenaufbau an der russisch-ukrainischen Grenze erklärt. Für den Fall einer Invasion der Ukraine werden „schwerwiegende“ Konsequenzen gefordert, u. a. der Stopp jeglicher Gas- und Ölimporte.

Zwei Tage zuvor hatte das Plenum mit breiter Mehrheit dem Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich zugestimmt. In der vorhergehenden Debatte bedauerten viele Abgeordnete den Brexit und äußerten ihre Erwartung, das Abkommen könne dessen schlimmsten Auswirkungen abfedern; damit könnten auch einseitige Verletzungen des Austrittsabkommens besser adressiert werden.

In der Debatte zu Beginn der Plenartagung mit Ratspräsident *Michel* und Kommissionspräsidentin *von der Leyen* zu deren Besuch in Ankara am 06.04.2021 äußerte *von der Leyen* mit Blick auf ihre Behandlung dort: „Ich fühlte mich verletzt, ich fühlte mich allein, als Frau und als Europäerin“. Ihre Platzierung abseits der beiden Präsidentenstühle auf einem Sofa habe allein auf ihrem Geschlecht beruht. *Michel* entschuldigte sich erneut nicht interveniert zu haben, die breite Mehrheit der Abgeordneten äußerte Solidarität mit *von der Leyen*.

Weitere wesentliche Inhalte bzw. Ergebnisse der Plenartagung:

- Verbesserung der Rechte der Bahnreisenden: Ab 60 Minuten Verspätung kann der Reisende volle Fahrpreiserstattung oder eine neue Verbindung zum Zielort beantragen; Letzteres gilt auch bei höherer Gewalt. Zudem werden die Rechte von Behinderten verbessert und jeder Zug muss Platz für mindestens vier Fahrräder bieten.
- Online-Plattformen müssen terroristische Inhalte auf Anordnung der Behörde eines Mitgliedstaates (auch grenzüberschreitend) binnen einer Stunde löschen. Inhalte für Bildungs-, Forschungs-, künstlerische und journalistische Zwecke gelten nicht als terroristische Inhalte.
- Das Plenum sieht weiterhin ernste und andauernde Bedrohungen der Werte der EU in Malta, etwa Unabhängigkeit von Polizei und Justiz, Versammlungs- und Medienfreiheit. Die Ermittlungen um die



Ermordung der Journalistin *Daphne Caruana Galizia* sowie betreffend die von ihr untersuchten Korruptionsfälle müssten intensiviert werden.

- Neue Regeln für das Transparenzregister: Für alle drei EU-Institutionen (Parlament, Rat und Kommission) gelten damit Dokumentation und Transparenz für Aktivitäten mit Dritten. Z. B. müssen sich Interessensvertreter registrieren, um an Ausschuss- und Gruppenveranstaltungen als Redner auftreten zu können; höhere Beamte des Parlaments dürfen sich nur mit registrierten Interessensvertretern treffen. Ausnahmen bestehen jedoch u. a. für Beamte der Regierungen.
- Zahlreiche wichtige Förderprogramme für die Jahre 2021-2027 wurden vom Plenum bestätigt: U. a. Horizont Europa (95,5 Mrd. € für Forschung), Weltraum (14,8 Mrd. € u. a. für Projekte Galileo, Copernicus und EGNOS), Europäischer Verteidigungsfonds (7,9 Mrd. € für Forschung und Entwicklung), LIFE (5,4 Mrd. € für Naturschutz, Umwelt, Klima), Digitales Europa (7,5 Mrd. € u. a. für KI, Supercomputing, Datenräume, IT-/Cyber-Sicherheit), Binnenmarkt-Programm (4,2 Mrd. € u. a. für KMU-Förderung), Förderung von Demokratie und Grundrechten in der EU (1,86 Mrd. €) sowie Betrugsbekämpfungsprogramm (29 Mio. €).
- Stärkung des europäischen Zivilschutzmechanismus in Form höherer Flexibilität, besserer Koordination und mehr Mitteln (3,3 Mrd. € für die Jahre 2021-2027). Das Plenum verlangte zudem, dass dieses Instrument für die Unterstützung der Länder Südamerikas gegen die Pandemie eingesetzt werde.
- Plädoyer für eine globale Mindest-Körperschaftsteuer (die von den USA vorgeschlagenen 21 % werden begrüßt) und eine Digitalsteuer, welche die Werte dort besteuert, wo sie generiert werden; insoweit soll die Kommission Mitte 2021 einen Vorschlag vorlegen, auch wenn bis dahin keine Einigung auf OECD-Ebene stattgefunden hat.
- Modifikationen für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF): finanzielle Unterstützung für Wiedereingliederung von Arbeitnehmern jetzt schon bei 200 (statt 500) Entlassungen und auch für Kinderbetreuung während Arbeitssuche oder Umschulung.

Am Rande der Plenartagung forderten die Fraktionsvorsitzenden, dass eine starke Beteiligung der nationalen Parlamente als vierte Säule der Konferenz über die Zukunft Europas gesichert sein und das Plenum daher die Vertretung aller wichtigen Interessengruppen gewährleisten müsse. Das Plenum solle über die Empfehlungen der Bürgerpanels beraten, Vorschläge einbringen und „das letzte Wort“ über das Ergebnis haben. Die für Frühjahr 2022 geplanten Folgerungen sollten vorläufig sein und die Konferenz bei Bedarf fortgesetzt werden.

[Pressemitteilungen des EP](#)



PORTUGIESISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

EU-Außenminister besorgt über die Militäraktion Russlands und über den Konflikt in Äthiopien

Am 19.04.2021 tagte der Rat in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten“. Die Außenminister berieten sich mit ihrem ukrainischen Amtskollegen *Dmytro Kuleba* über den massiven Truppenaufbau Russlands im Grenzraum. Dabei hoben sie das besonnene Agieren der Ukraine positiv hervor. Erneut unterstrichen sie die Souveränität und Integrität der Ukraine. Sorge bereitet den Ministern der Gesundheitszustand des Kremlkritikers

Alexej Nawalny. Sie machen Russland für dessen Sicherheit und Gesundheit voll verantwortlich. Dritter Punkt zu Russland war der Bericht Tschechiens zu seinen Untersuchungen von zwei (teilweise tödlichen) Explosionen im Waffenlager eines tschechischen Unternehmens im Jahr 2014. Demnach waren wohl russische Agenten beteiligt, die Waffen könnten für die Ukraine bestimmt gewesen sein (siehe hierzu eigenen Beitrag unter „Internationale Beziehungen“ in diesem EB). Weiterer, intensiver Austausch folgte zum Bericht des finnischen Außenministers *Pekka Haavisto* zur Lage in Äthiopien/Tigray. Dort gingen die Ausschreitungen unvermindert fort. Sofern es die Lage erlaube, plant die EU eine eigene Beobachtermission zu den Wahlen am 05.06.2021.

Am 22.04.2021 erklärte der russische Verteidigungsminister *Sergei Schoigu*, die Truppen würden bis zum 01.05.2021 abgezogen werden; das Ziel der „Überraschkungskontrollen“ sei erreicht worden.

[Tagungsseite des Auswärtigen Rats](#)

Europaminister führen Rechtstaatlichkeits-Dialog fort – im Fokus Justiz, Korruption, Medien und Bürgerbeteiligung

Am 20.04.2021 tagte der Rat in der Formation „Allgemeine Angelegenheiten“. Schwerpunkt war der Rechtstaatlichkeits-Dialog zu Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien und Frankreich. Allgemein zeichneten sich die Unabhängigkeit der Justiz, Anti-Korruptionsmaßnahmen, Medienvielfalt und -freiheit sowie Bürgerbeteiligung als wichtigste Indikatoren ab. Deutschland wurde eine lebendige Rechtsstaatlichkeitskultur, hohe Unabhängigkeit der Justiz, Medienpluralismus sowie Teilhabe der Gesellschaft an der politischen Meinungsbildung zugeschrieben. Kritik kam hinsichtlich der Verfahrensdauer im Justizsystem, dem Aufbau der Staatsanwaltschaft, der eingeschränkten Lobby-Transparenz und Übergriffen gegenüber Journalisten. Auf diesen Schwerpunkt folgten Sachstandsberichte v. a. über die Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich, den Unruhen in Nordirland, zur Konferenz zur Zukunft Europas mit Auftakt am 09.05.2021 in Straßburg sowie über die Gespräche mit Serbien, Albanien und Nordmazedonien zur EU-Erweiterung am Westbalkan.

[Tagungsseite des Allgemeinen Rats](#)



EU-Entwicklungsminister beraten über Optimierungsmöglichkeiten der künftigen europäischen Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung

Am 29.04.2021 tagte der Rat in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung“. Im Mittelpunkt der informellen Videokonferenz der Entwicklungsminister stand die künftige europäische Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung. An dem Austausch nahmen die Europäische Investitionsbank ([EIB](#)) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ([EBWE](#)) teil. Basis des Gesprächs bildeten die Empfehlungen der achtköpfigen, [hochrangige Gruppe von Weisen](#). Diese Gruppe wurde von den Ministern im April 2019 mit dem Ziel eingesetzt, die bestehende EU-Entwicklungs-Finanzarchitektur auf Stärken/Schwächen, Potentiale und Reformvorschläge zu durchleuchten. In der Diskussion zeigte sich, dass der unter COVID-19 entstandene Team-Europe-Ansatz hier richtungsweisend ist, einer Fragmentierung entgegenwirkt, Synergien erhöht und die Summenwirkung der EU-Unterstützung für Entwicklung verstärkt. Dabei sei jedoch eine starke politische Führung, eine eng verzahnte Koordinierung und eine belastbare Governance für den Erfolg wichtig.

[Tagungsseite der Entwicklungsminister](#)

INSTITUTIONELLES

Bessere Rechtsetzung – Kommission veröffentlicht ihren künftigen Weg

Am 29.04.2021 hat Kommissions-Vize *Maroš Šefčovič* den künftigen Weg der Kommission für eine bessere Rechtsetzung unter dem Motto „Mit vereinten Kräften für bessere EU-Rechtsvorschriften zur Vorbereitung auf die Zukunft“ vorgestellt. Die Kommission möchte künftig insbesondere folgende Aspekte in den Mittelpunkt ihrer Arbeit für eine bessere und effizientere Rechtsetzung rücken: Beteiligungsmöglichkeiten, Transparenz und Zugang zu Dokumenten, Mehrwert für die UN-Nachhaltigkeitsziele, Weitsicht auf Mega-Trends sowie Augenmerk auf den Kommissionsbericht „Strategische Vorausschau“. Die Einführung des „One-in-one-out“-Prinzip zielt zudem darauf ab, die Kosten von Verwaltung und Umsetzung zu bilanzieren. Ziel sei europäische Rechtsetzung kostengünstiger und effizienter sowie mit geringerem bürokratischen Aufwand zu gestalten. Die Kommission plant in der zweiten Jahreshälfte 2021 dieses Prinzip in ihre Arbeit zu implementieren.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Eurobarometer Winter 2020/2021: Vertrauen in die EU und Image der EU auf 10 Jahres-Hoch

Am 23.04.2021 hat die Kommission die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage Winter 2020/2021 veröffentlicht. Demnach ist das Vertrauen in die EU und das Image der EU auf einem 10 Jahres-Hoch. So vertraut beinahe jeder zweite Befragte in die Europäische Union. Dagegen sprachen ihr Vertrauen in die nationalen Regierungen und Parlamente nur etwas mehr als jeder Dritte aus. Mit Blick auf die seit über einem Jahr herrschende Pandemie sehen 40 % der Befragten das Thema Gesundheit als größte Sorge, gefolgt von der Sorge um die wirtschaftliche Lage (35 %), dem Zustand der öffentlichen Finanzen (21 %), um Umwelt und Klimawandel (20 %), um die Zuwanderung (18 %) sowie um die Arbeitslosigkeit (15 %). Hinsichtlich der



wirtschaftlichen Lage schätzen gerade noch 29 % der Bürger die Situation als gut ein. Dies ist der niedrigste Wert seit Frühjahr 2013. Dabei besteht zwischen den Mitgliedstaaten eine ausgesprochene Heterogenität: Luxemburg mit 86 % Positiv und Italien mit lediglich 7 % Positiv. Insgesamt gehen knapp über 60 % der Befragten davon aus, dass sich die Wirtschaft ihres Landes frühestens im Jahr 2023 erholen werde. Für die Eurobarometer-Umfrage wurde in Februar/März 2021 27.409 Personen in der EU-27 befragt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Diplomatenstreit zwischen Tschechien und Russland eskaliert

Nachdem die tschechische Regierung aus Anlass der vermuteten russischen Urheberchaft an zwei im Jahr 2014 erfolgten Explosionen in einem Waffenlager in Tschechien am 18.04.2021 18 russische Botschaftsangehörige ausgewiesen und Russland als Reaktion 20 tschechische Mitglieder der Botschaft des Landes verwiesen hatte, sind die Entwicklungen eskaliert. Die tschechische Botschaft in Moskau ist nach der Ausweisung kaum noch arbeitsfähig, weshalb Deutschland dem Nachbarland Unterstützung zugesagt hat. Dieses wiederum reagierte am 22.04.2021 mit der Aufforderung an Russland, bis Ende Mai seine Botschaft in Prag auf die Größe der tschechischen Botschaft in Moskau zu reduzieren, d. h. um 70 Diplomaten und Botschaftsmitarbeiter zu verringern. Die Slowakei und die drei baltischen Staaten haben aus Solidarität insgesamt sieben russische Diplomaten ausgewiesen, was Russland am 28.04.2021 mit der entsprechenden Aufforderung an die Regierungen dieser Länder beantwortet hat. Auch Rumänien hat einen russischen Diplomaten des Landes verwiesen. Die NATO hat Tschechien uneingeschränkte Solidarität zugesichert.

[Beitrag von ZDF heute](#)

EU unterstützt COVID-19-Impfkampagnen in Afrika

EU-Kommissar *Janez Lenarčič* (Portfolio Krisenmanagement) hat am 20.04.2021 auf seiner Reise in Addis Abeba (Äthiopien) den Start einer groß angelegten europäischen Unterstützung der COVID-19-Impfkampagnen in Afrika verkündet. Als zentraler Koordinator und Ansprechpartner dient dabei das afrikanische Zentrum für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten (Africa CDC). Die Unterstützung besteht aus drei Bausteinen: 1) Kapazitätsaufbau, Logistik und Verwaltung, 2) gezieltes Impfmanagement in Krisengebieten sowie 3) Flexibilitätsreserve. Insgesamt umfasst das Paket 100 Mio. €. Die Gelder werden im Rahmen der Solidaritäts- und Soforthilfereserve der EU als Teil des „Team Europa“-Konzepts bereitgestellt. Diese europäische Initiative ergänzt die weltweite Unterstützung für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei der Impfung gegen COVID-19.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



EU leistet humanitäre Hilfe für die Regionen am Horn von Afrika

Am 23.04.2021 hat die Kommission weitere finanzielle Hilfe in Höhe von 149 Mio. € für die Regionen am Horn von Afrika angekündigt. Sie seien von einer Welle humanitärer und sicherheitspolitischer Probleme, einer Heuschreckenplage, aufkommenden oder anhaltenden Konflikten sowie zusätzlich durch COVID-19 stark betroffen. Es soll für humanitäre Projekte folgenden, regionalen Schlüssel geben: Dschibuti (0,5 Mio. €), Kenia (14 Mio. €), Somalia (42,5 Mio. €), Sudan (52 Mio. €), Uganda (32 Mio. €) sowie zur Bekämpfung der Wüstenheuschreckenplage (8 Mio. €). Wenige Tage zuvor hatte die EU im Rahmen des vor Ort Besuchs des EU-Kommissars *Lenarčič* humanitäre Hilfe speziell für Äthiopien in Höhe von 53,7 Mio. € und für seinen Nachbar, den Südsudan 43,5 Mio. € angekündigt. Von diesen nunmehr fast 250 Mio. € sind nach Angaben der Kommission 30 Mio. € für Bildungsprojekte für Kinder in Notsituationen vorgesehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europaabgeordnete sehen EU-Türkei-Beziehungen auf historischem Tiefpunkt

Am 22.04.2021 hat der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments (EP) einen Bericht zur Türkei angenommen. Die Beziehungen mit der EU hätten einen historischen Tiefpunkt erreicht, so der Berichterstatter *Nacho Sánchez Amor* (S&D, Spanien). Der Bericht basiert auf den Entwicklungen der letzten zwei Jahre (Bericht [2019](#) und [2020](#) der Kommission). V. a. erodierten Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit gepaart mit einer EU-feindseligen Außenpolitik (gegenüber Griechenland und Zypern). Auch sind die Abgeordneten besorgt über den Missbrauch von Anti-Terror-Maßnahmen, die zu Massenverhaftungen von Journalisten, Menschenrechtsaktivisten sowie politischen Gegnern führten. Die Abgeordneten empfehlen im Falle des Anhaltens dieser Entwicklungen eine formelle Aussetzung der Beitrittsverhandlungen. Zugleich betonen sie jedoch die wichtige Rolle der Türkei für die regionale Stabilität, insbesondere mit Blick auf die Aufnahme von 4 Mio. Flüchtlingen. Der Dialog solle daher unbedingt fortgeführt werden.

[Pressemitteilung des EP](#)

MEDIEN

Kommissar *Breton* schlägt europäischen Rechtsakt für Medienfreiheit vor

Binnenmarktkommissar *Thierry Breton* hat in der Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses (CULT) des Europäischen Parlaments am 19.04.2021 erklärt, er halte einen „European Media Freedom Act“ für notwendig. Hierfür stütze er sich auf die „besorgniserregenden Entwicklungen in manchen Ländern, z. B. in Polen, Ungarn, Slowenien oder Tschechien“ betreffend Medienfreiheit und -pluralismus. Es bedürfe gesteigerter Transparenz, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflichten bezüglich Maßnahmen mit Auswirkungen auf Kontrolle und Freiheit der Presse. Man „könne auch darüber nachdenken“, wie man am Besten die „Governance“ der öffentlich-rechtlichen Medien um einen gemeinsamen Rechtsrahmen herum stärken könne, um die Risiken



einer Politisierung zu verringern sowie Vielfalt und Pluralismus besser zu gewährleisten. Auf kritische Nachfrage der deutschen Abgeordneten *Petra Kammerevert* (S&D) gab der Kommissar an, er wolle mit dem Vorschlag nicht das Thema der Aufsichtsbehörden adressieren.

[Transkript der Rede von Kommissar Breton](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Europäisches Parlament nimmt Verhandlungsmandat zu digitalem grünen Pass an

Nachdem der Rat am 14.04.2021 sein Verhandlungsmandat zum Legislativvorschlag der Kommission vom 17.03.2021 für ein digitales grünes Zertifikat zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit festgelegt hatte (EB 07/2021), nahm auch das Europäische Parlament (EP) am 29.04.2021 sein Verhandlungsmandat an, sodass die Trilogverhandlungen beginnen können. Das EP wünscht eine Änderung der Bezeichnung in „EU Covid-19 Zertifikat“. Es sollte maximal zwölf Monate gelten. Inhaber eines EU Covid-19 Zertifikats sollen, so der Standpunkt des EP, keinen zusätzlichen Reisebeschränkungen wie Test- oder Quarantänepflicht unterliegen. Nach dem Willen des EP müssen Mitgliedstaaten Impfbescheinigungen akzeptieren, die in anderen Mitgliedstaaten für Personen ausgestellt wurden, die mit einem von der EMA in der EU zugelassenen Impfstoff geimpft wurden. Ob sie auch Impfbescheinigungen akzeptieren, die in anderen Mitgliedstaaten für Impfstoffe ausgestellt wurden, die von der WHO für den Notfalleinsatz gelistet sind, sollen die Mitgliedstaaten entscheiden können (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP vom 29.04.2021](#) (in englischer Sprache)

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor

Am 21.04.2021 veröffentlichte die Kommission u. a. einen Vorschlag für harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz (KI-Verordnung), um Risiken zu regulieren, die von KI-Systemen ausgehen können.

Die Risiken werden dabei abgestuft in die Kategorien „unannehmbares Risiko“ mit der Folge eines grundsätzlichen Verbots, „hohes Risiko“ mit der Folge der notwendigen Einhaltung strenger Vorgaben vor Markteinführung, „geringes“ sowie „minimales“ Risiko. Nach Ansicht der Kommission bergen insbesondere alle Arten biometrischer Fernidentifizierungssysteme ein hohes Risiko. Ihre Echtzeit-Nutzung im öffentlichen Raum zu Strafverfolgungszwecken soll grundsätzlich verboten werden, eng abgesteckte Ausnahmen sollen strikt definiert und geregelt werden (z. B. wenn sie unbedingt erforderlich sind, um eine konkrete und unmittelbare terroristische Bedrohung abzuwenden oder um Täter bzw. Verdächtige schwerer Straftaten zu erkennen und aufzuspüren). Eine solche Nutzung bedarf dann nach dem Vorschlag der Kommission der Genehmigung einer Justizbehörde und unterliegt Beschränkungen in Bezug auf zeitliche und geographische Geltung und abgefragte Datenbanken.

Der Europäische Datenschutzbeauftragte bedauerte, dass Forderungen nach einem Moratorium für den Einsatz von biometrischen Fernidentifizierungssystemen, einschließlich Gesichtserkennung, im öffentlichen Raum nicht aufgegriffen wurden.



Unter die Kategorie „hohes Risiko“ sollen auch bestimmte KI-Systeme in den Bereichen Strafverfolgung sowie Migration, Asyl und Grenzkontrolle fallen (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission vom 21.04.2021](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Datenschutzbeauftragten vom 23.04.2021](#) (in englischer Sprache)

CYBERSICHERHEIT

Rat gibt grünes Licht für Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Bukarest

Nachdem Rat und Europäisches Parlament (EP) am 11.12.2020 bereits eine vorläufige politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Errichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit erzielt hatten (EB 20/2020), nahm der Rat am 20.04.2021 die Verordnung förmlich an. Am 09.12.2020 war Bukarest als Sitz des Kompetenzzentrums festgelegt worden. Nun muss auch das EP die Verordnung noch endgültig annehmen, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird. 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung wird die Verordnung in Kraft treten.

[Pressemitteilung des Rates vom 20.04.2021](#)

DATENSCHUTZ

EDSA nimmt zu Angemessenheitsbeschlüssen in Bezug auf das Vereinigte Königreich Stellung

Nachdem die Kommission am 19.02.2021 Entwürfe zweier Angemessenheitsbeschlüsse in Bezug auf das Vereinigte Königreich veröffentlicht und so das Verfahren zu deren Annahme eingeleitet hatte (EB 04/2021), stellte der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) am 19.04.2021 seine Stellungnahmen im LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) vor. EDSA-Vorsitzende *Andrea Jelinek* stellte klar, das Vereinigte Königreich habe den Datenschutzrahmen der EU im eigenen Rechtsrahmen größtenteils gespiegelt. Es sei aber von entscheidender Bedeutung, dass die heutige Übereinstimmung auch künftig fortbestehe, was es seitens der Kommission genau zu beobachten gelte. Insoweit sei zu begrüßen, dass die Angemessenheitsentscheidung zeitlich befristet sein soll. Weiterer Beobachtung bedürfte u. a. auch die Weiterübertragung von Daten durch das Vereinigte Königreich an Drittstaaten. Mehrere Abgeordnete des LIBE-Ausschusses gaben zu bedenken, Missstände müssten durch das Vereinigte Königreich behoben werden, noch bevor ein Angemessenheitsbeschluss erlassen werde.

[Zu den Stellungnahmen des EDSA](#)

LIBE-Ausschuss fordert klare Richtlinien zum Datentransfer mit den USA

Im Nachgang zum Urteil des EuGH vom 16.07.2020, mit dem der EU-US Privacy Shield für ungültig erklärt worden war (EB 13/2020), nahm der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) am 20.04.2021 einen Berichtsentwurf an, in dem die Kommission aufgefordert wird, detaillierte Leitlinien zu erstellen, um



Datentransfers mit den Urteilen des EuGH in Einklang zu bringen. Neue Angemessenheitsbeschlüsse in Bezug auf Drittstaaten sollten nicht erlassen werden, ohne die Rechtsprechung des EuGH zu berücksichtigen. Die EU-Kommission wird außerdem aufgefordert, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Irland einzuleiten, weil es die DSGVO nicht wirksam durchsetze. Über den Berichtsentwurf muss noch in einer Plenarsitzung des EP abgestimmt werden.

[Pressemitteilung des EP vom 20.04.2021](#) (in englischer Sprache)

POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT

EU-Konsultation zum neuen EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit gestartet

Zum zuletzt anlässlich der EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität vom 14.04.2021 (EB 07/2021) angekündigten EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit startete die Kommission am 19.04.2021 eine öffentliche EU-Konsultation, über die sich Interessensträger – bis 14.06.2021 – frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess einbringen können. Der EU-Kodex soll die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden stärken und modernisieren, indem er die Vielzahl bestehender bi- und multilateraler Kooperationsinstrumente und -vereinbarungen ersetzt. Basierend auf den Rückmeldungen im Rahmen der Konsultation wird die Kommission im 4. Quartal 2021 einen Gesetzgebungsvorschlag unterbreiten.

[Zur Konsultation](#)

ASYL UND MIGRATION

Kommission legt EU-Strategie zu freiwilliger Rückkehr und Reintegration vor

Am 27.04.2021 veröffentlichte die Kommission erstmals eine EU-Strategie zu freiwilliger Rückkehr und Reintegration. Vor dem Hintergrund, dass nur ein Drittel aller Menschen ohne Bleiberecht in der EU tatsächlich in ihr Herkunftsland zurückkehren, davon weniger als 30 % auf freiwilliger Basis, werden in der Strategie einige Initiativen vorgeschlagen, um die gegenüber einer Rückführung erfolgversprechendere und kostengünstigere freiwillige Rückkehr nachhaltig zu fördern. In einem EU-Rahmen für Rückkehrberatung gibt die Kommission eine Orientierungshilfe zu bewährten Verfahren für Einrichtung und Betrieb nationaler Strukturen für Rückkehrberatung. Gemeinsam mit Frontex – künftig, so EU-Kommissar *Schinus*, auch „Rückführungsagentur“ – wird die Kommission u. a. einen gemeinsamen Lehrplan für Rückkehrberater erarbeiten. Außerdem will die Kommission die Förderung der freiwilligen Rückkehr auch zu einem Bestandteil der umfassenden Migrationspartnerschaften mit Drittstaaten machen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 27.04.2021](#)

[EU-Strategie zu freiwilliger Rückkehr und Reintegration](#) (in englischer Sprache)



EU und Afghanistan unterzeichnen Gemeinsame Erklärung zur migrationspolitischen Zusammenarbeit

Am 26.04.2021 unterzeichneten die EU und Afghanistan eine Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit im Bereich Migration. Sie soll dazu beitragen, irreguläre Migration zu bekämpfen und gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen die Schleusung von Migranten und den Menschenhandel zu fördern. Sie soll die nachhaltige Wiedereingliederung von Menschen, die nach Afghanistan zurückkehren, erleichtern. Die aktuelle Gemeinsame Erklärung setzt die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afghanistan fort, die im Rahmen der vorherigen Gemeinsamen Erklärung zu Migrationsfragen erreicht worden war, aber mittlerweile ausgelaufen ist.

[Pressemitteilung der Kommission vom 26.04.2021](#)

Weniger Zuerkennungen von Schutzberechtigung im Jahr 2020

Laut Mitteilung des Statistischen Amtes der EU, Eurostat, vom 21.04.2021 gewährten die EU-Staaten im Jahr 2020 281.000 Asylbewerbern einen Schutzstatus, das bedeutet einen Rückgang um 5 % gegenüber dem Vorjahr. 127.000 (45 %) derer, denen ein Schutzstatus gewährt wurde, erhielten den Flüchtlingsstatus, 80.700 (29 %) humanitären Schutz und 72.600 (26 %) subsidiären Schutz. Die höchste Zahl von Personen mit Schutzstatus wurde in Deutschland registriert (98.000 bzw. 35 %). Die größte Gruppe der als schutzberechtigt anerkannten Personen waren Syrer (27 %), gefolgt von Venezolanern (17 %) und Afghanen (15 %).

[Eurostat Mitteilung vom 21.04.2021](#) (in englischer Sprache)

Ukrainer unter den zehn antragsstärksten Nationalitäten

Ukrainer haben im Februar 2021 deutlich mehr Asylanträge in der EU+ gestellt als im Januar und gehören damit zu den zehn antragsstärksten Nationalitäten, so das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, EASO, am 20.04.2021. Im Februar 2021 wurden in der EU+ rd. 38.300 Anträge auf internationalen Schutz gestellt. Während das Gesamtniveau im Vergleich zu den letzten Monaten in etwa stabil war, stellten Ukrainer viel mehr Anträge (um 72 %) – ein Höchststand seit vier Jahren. Der plötzliche Anstieg brachte die Ukraine zum ersten Mal seit 2016 unter die „Top 10“ der Herkunftsländer.

[Pressemitteilung EASO vom 20.04.2021](#) (in englischer Sprache)

TERRORISMUS

Terroristische Online-Inhalte: Finale Zustimmung des Europäischen Parlaments

Am 28.04.2021 nahm das Europäische Parlament (EP) die Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte final an. Bereits im Dezember 2020 hatten Rat, EP und Kommission hierzu eine vorläufige politische Einigung erzielt (EB 20/2020), die vom Rat am 16.03.2021 bestätigt worden war



(EB 06/2021). 20 Tage nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt wird die Verordnung in Kraft treten. Ein Jahr später wird sie zur Anwendung kommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP vom 28.04.2021](#) (in englischer Sprache)

KATASTROPHENSCHUTZ

Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vom Europäischen Parlament gebilligt

Das Europäische Parlament hat in seiner Sitzung vom 27.04.2021 die am 08.02.2021 im Trilogverfahren erzielte vorläufige politische Einigung zur neuerlichen Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens (EB 03/2021) mit großer Mehrheit gebilligt (641 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen, 14 Enthaltungen). Danach bekommt die Kommission die Möglichkeit, in dringenden Fällen, in denen die nationalen Kapazitäten überfordert sind, direkt Notfallkapazitäten zu beschaffen. Am 10.05.2021 soll die Verordnung durch den Rat förmlich angenommen werden. Voraussichtlich Mitte Mai 2021 wird die Verordnung dann in Kraft treten.

[Pressemitteilung der Kommission vom 27.04.2021](#)

[Pressemitteilung des EP vom 27.04.2021](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Text des EP](#)

WAHLEN

EU-Konsultationen zum Wahlrecht mobiler EU-Bürger gestartet

Die Kommission startete am 19.04.2021 zwei EU-Konsultationen zum Wahlrecht mobiler EU-Bürger, über die sich Interessensträger – bis 12.07.2021 – frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess einbringen können. Das Wahlrecht mobiler EU-Bürger ist für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, in den Richtlinien über die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (Richtlinie 93/109/EG) sowie bei den Kommunalwahlen (Richtlinie 94/80/EG) enthalten. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation werden in einen Legislativvorschlag der Kommission zur Überarbeitung dieser Richtlinien einfließen, der im 4. Quartal 2021 erwartet wird.

[Zur Konsultation \(Wahlen zum EP\)](#)

[Zur Konsultation \(Kommunalwahlen\)](#)

STRAßENVERKEHRSSICHERHEIT

Zahl der Verkehrstoten in Europa auf historischem Tiefstand

Am 20.04.2021 veröffentlichte die Kommission vorläufige Angaben zur Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2020. Schätzungen zufolge kamen EU-weit 18.800 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben, was einem Rückgang um 17 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dennoch würde das für das Jahrzehnt 2010 - 2020 festgelegte



Ziel, die Zahl der Todesfälle um 50 % zu senken, nicht erreicht (Rückgang lediglich um 36 %). Mit 42 Verkehrstoten je 1 Mio. Einwohner ist die EU trotzdem nach wie vor der Kontinent mit den sichersten Straßen der Welt (der Weltdurchschnitt liegt bei über 180 Verkehrstoten je 1 Mio. Einwohner).

[Pressemitteilung der Kommission vom 20.04.2021](#)

EuGH: Folgen einer Trunkenheitsfahrt bzw. Fahrt unter Drogeneinfluss mit ausländischem EU-Führerschein

In den verbundenen Rechtssachen C-47/20 (Aberkennung des Rechts auf Verwendung eines spanischen Führerscheins in Deutschland nach Trunkenheitsfahrt) und C-56/20 (Aberkennung des Rechts auf Verwendung eines österreichischen Führerscheins in Deutschland nach Fahrt unter Cannabiseinfluss) erließ der EuGH am 29.04.2021 das Urteil. Das Bundesverwaltungsgericht hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob die in der Führerscheinrichtlinie 2006/126 vorgesehene grundsätzliche Pflicht, einen ausländischen EU-Führerschein anzuerkennen, auch dann gilt, wenn dieser dem Betroffenen nach der Aberkennung des Rechts, hiervon in Deutschland Gebrauch zu machen, in dem anderen EU-Mitgliedstaat im Wege der Erneuerung (= Verlängerung der Gültigkeitsdauer) ausgestellt wurde. Der EuGH urteilte, ein Mitgliedstaat könne die Anerkennung eines in einem anderen Mitgliedstaat lediglich erneuerten Führerscheins ablehnen, nachdem er dessen Inhaber für sein Hoheitsgebiet ein Fahrverbot erteilt hat. Dagegen dürfe er auf dem Führerschein keinen Vermerk über das Fahrverbot in seinem Hoheitsgebiet anbringen, da diese Änderung in die ausschließliche Zuständigkeit des Mitgliedstaats fällt, in dem der Inhaber seinen ordentlichen Wohnsitz hat (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung des EuGH vom 29.04.2021](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

VERKEHRSPOLITIK

Kommission führt Befragung zum Fahrplan für nachhaltige urbane Mobilität durch

Bis zum 25.05.2021 führt die Kommission eine Befragung zum Fahrplan für einen neuen EU-Rahmen für nachhaltige urbane Mobilität durch. Ziel ist es, die Mitteilung der Kommission „Gemeinsam für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt“ aus dem Jahr 2013 zu aktualisieren. Damit soll auch ein Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele geleistet und die EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität auf urbane Verkehrssysteme angewandt werden (EB 20/20). Die Kommission möchte die EU-Mitgliedstaaten, Regionen und Städte bei der Entwicklung nachhaltiger, intelligenter, sicherer und zugänglicher urbaner Mobilität unterstützen. Schwerpunkte sollen der emissionsfreie Verkehr, die Entlastung der Verkehrssysteme, die multimodale Verkehrssteuerung und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den öffentlichen Verkehr bilden. Zu den Maßnahmen zählen auch die Stärkung städtischer Verkehrsknotenpunkte im transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V). Im Anschluss an diese Befragung wird die Kommission eine öffentliche Konsultation durchführen. Die Vorlage des neuen EU-Rahmens für nachhaltige urbane Mobilität ist für drittes Quartal 2021 geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Befragung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission zur städtischen Mobilität \(2013\)](#)

Kommission gibt Preisträger für nachhaltige Mobilität bekannt

Am 14.04.2021 hat die Kommission die Preisträger für den EUROPEANMOBILITYWEEK Award, den Preis für nachhaltige urbane Mobilitätsplanung (SUMP Award) und den Preis für städtische Straßenverkehrssicherheit (EU Urban Road Safety Award) bekannt gegeben (EB 06/21). Das Jahr 2020 stand für alle Auszeichnungen unter dem Motto „Emissionsfreie Mobilität für alle“. Mönchengladbach (Deutschland) gewann den EUROPEANMOBILITYWEEK Award 2020 für Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern und Lilienthal (Deutschland) für Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern. Die Jury lobte das breite Programm an Aktivitäten und Veranstaltungen zu nachhaltiger Mobilität für alle Altersgruppen, wie Malwettbewerbe für Kinder, Gedichtvorträge über städtisches Parken und Informationsveranstaltungen für Senioren. Der neunte SUMP Award ging an die Metropolregion Grenoble (Frankreich) und der zweite EU Urban Road Safety Award an Bilbao (Spanien).

Die Jury hob für die Metropolregion Grenoble den integrierten und strukturierten Ansatz bei der Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse aller Nutzer des öffentlichen Verkehrs hervor; Bilbao wurde für die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der gesamten Stadt und die Einbeziehung seiner Einwohner bei



der Förderung der Verkehrssicherheit ausgezeichnet. Die EUROPEANMOBILITYWEEK findet voraussichtlich vom 16. - 22.09.2021 statt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

STRAßENVERKEHR

Europäisches Parlament fasst Entschließung zur Straßenverkehrssicherheit

Am 27.04.2021 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) eine Entschließung zum Umsetzungsbericht über die Straßenverkehrssicherheit mit 654 Stimmen bei 30 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen. Hierin begrüßt das EP die bisherige Umsetzung des Pakets zur Verkehrssicherheit 2010 - 2020, insbesondere die verbesserte Harmonisierung nationaler Vorschriften bei Fahrzeuginspektionen, und schlägt ein Europäisches Jahr der Straßenverkehrssicherheit vor. Gleichzeitig fordern die Europaabgeordneten die Kommission auf, eine Verschärfung der Prüfregeln für bestimmte Fahrzeugklassen sowie die Aufhebung der Befreiung von zwei- und dreirädrigen Fahrzeugen von der Pflicht zu regelmäßigen technischen Inspektionen zu prüfen. Zudem werden die EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu aufgefordert, unverzüglich die Maßnahmen des Pakets zur Verkehrssicherheit in ihren nationalen Rechtsvorschriften umzusetzen. Darüber hinaus sollen die Kommission und Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Qualität und den diskriminierungsfreien Charakter der Unterwegs-Kontrollen weiter zu verbessern. Hierzu führt die Kommission noch bis zum 14.05.2021 eine Befragung durch (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Entschließung des EP](#)

Kommission führt Befragung zur Fahrzeugsicherheit durch

Bis zum 14.05.2021 führt die Kommission eine Befragung zu einer delegierten Richtlinie zur Fahrzeugsicherheit durch, insbesondere zur technischen Überwachung von Unterwegs-Kontrollen und zum automatischen Notrufsystem 112-eCall. Bereits im April 2021 hatte die Kommission eine öffentliche Konsultation zu den technischen Anforderungen für die Zulassung von Fahrzeugen mit fortschrittlichen Sicherheitsmerkmalen, wie Fahrerassistenzsysteme und Notbremslichter, durchgeführt (EB 07/21). Ziel ist es, die Liste der Fahrzeugklassen, die regelmäßig Unterwegs-Kontrollen zur Überprüfung ihrer Straßenverträglichkeit unterzogen werden, zu aktualisieren. Zudem soll das 112-eCall-System in die Liste der in bestimmten Fahrzeugen regelmäßig zu überprüfenden Elemente aufgenommen werden. Eine Annahme durch die Kommission ist für das Jahr 2021 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie 2014/47/EU](#)



LUFTVERKEHR

Kommission veröffentlicht drei Verordnungen für den Drohnenbetrieb

Am 22.04.2021 hat die Kommission drei Durchführungsverordnungen für den Drohnenbetrieb vorgelegt. Damit sollen die Voraussetzungen für den sicheren Betrieb von Drohnen sowie von bemannten und unbemannten Luftfahrzeugen im „U-Raum“, also dem neuen Luftverkehrsmanagementsystem für die Integration von Drohnen im Luftraum (UTM), geschaffen werden. Das Konzept des „U-Raums“ ist Teil der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität und soll die grüne und digitale Transformation des EU-Verkehrssystems unterstützen (EB 20/20). Das Paket besteht aus einer Verordnung zum „U-Raum“, einer Verordnung zu den Anforderungen für Flugsicherungsdienste im „U-Raum“ und einer Verordnung zu den Anforderungen an die bemannte Luftfahrt im „U-Raum“. Mit den Verordnungen werden neue Dienste für den sicheren Betrieb von Drohnen ermöglicht, insbesondere im Luftraum unter 120 Metern und bei Betrieb außerhalb der Sichtweite. Die EU-Agentur für Flugsicherheit (EASA) bereitet die technischen Spezifikationen für die Umsetzung vor. Die Verordnungen treten am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft und sind ab dem 26.01.2023 anzuwenden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten](#) (in englischer Sprache)

[Verordnung zum „U-Raum“](#) (in englischer Sprache)

[Verordnung zu Anforderungen an Flugsicherungsdienste](#) (in englischer Sprache)

[Verordnung zu Anforderungen an die bemannte Luftfahrt](#) (in englischer Sprache)

BINNENSCHIFFFAHRT

Europäisches Parlament fasst Entschließung zum Seeverkehr

Am 27.04.2021 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) eine Entschließung für einen effizienteren und saubereren Seeverkehr mit 453 Stimmen bei 92 Gegenstimmen und 154 Enthaltungen angenommen. Hierin betont das EP die wesentliche Rolle des Güter- und Personenseeverkehrs für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU. Die Europaabgeordneten fordern die Kommission auf, den Kurzstreckenseeverkehr gleichberechtigt neben dem Schienen- und dem Binnenschiffsverkehr als nachhaltige Alternative zum Güter- und Personenverkehr auf der Straße und in der Luft zu fördern. Nahtlose multimodale und interoperable Verkehrsverbindungen zwischen Häfen und dem transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V) sollen Engpässe beseitigen und eine Verkehrsüberlastung vermeiden. Dabei spielen See- und Binnenhäfen als strategische und multimodale Knotenpunkte eine wesentliche Rolle. Ferner fordert das EP eine EU-Strategie zur Erneuerung und Umrüstung von Schiffsflotten sowie die Überarbeitung der Richtlinie über die Hafenstaatkontrolle, also der technischen Kontrolle von Schiffen in Häfen und der Einhaltung des Seearbeitsübereinkommens, bis spätestens Ende 2021.

[Entschließung des EP](#)



BAUEN UND WOHNEN

Kommission lobt Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus aus

Am 23.04.2021 hat die Kommission im Rahmen einer Konferenz zum Neuen Europäischen Bauhaus zwei Preise zur Unterstützung der laufenden Gestaltungsphase ausgelobt. Ziel ist es, Vorzeigeprojekte auszuzeichnen, die Nachhaltigkeit, Ästhetik und Teilhabe vereinen. Die Preise werden für bestehende Projekte „New European Bauhaus Awards“ (10 x 30.000 € und ein Kommunikationspaket) sowie für neue Konzepte von Teilnehmern unter 30 Jahren „New European Bauhaus Rising Stars“ (10 x 15.000 € und ein Kommunikationspaket) vergeben. Für beide Preise wurden zehn Kategorien gebildet: (1) Techniken, Materialien und Verfahren für Konstruktion und Design, (2) bauen im Geiste der Kreislaufwirtschaft, (3) Lösungen für die wechselseitige Anpassung von gebauter Umwelt und Natur, (4) Regeneration städtischer und ländlicher Räume, (5) Produkte und Lifestyle, (6) bewahrtes und neu genutztes Kulturerbe, (7) neu gestaltete Orte der Begegnung und des Austausches, (8) Mobilisierung von Kultur, Kunst und Gemeinschaften, (9) modulare, anpassungsfähige und mobile Wohnlösungen sowie (10) interdisziplinäre Ausbildungsmodelle. Einsendeschluss für die englischsprachige Bewerbung ist der 31.05.2021.

[Ankündigung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Plattform für die Teilnahme am Wettbewerb](#) (in englischer Sprache)

[Hintergrundinformationen für Bewerber](#) (in englischer Sprache)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Februar 2021 in der EU

Am 19.04.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Februar 2021 in der EU veröffentlicht (EB 06/21). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber Februar 2020 um -5,4 %. Die Bautätigkeit sank im Tiefbau um -9,8 % und im Hochbau um -4,1 %. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Schweden (+5,8 %), Österreich (+3,6 %) und Rumänien (+1,6 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in der Slowakei (-24,4 %), Polen (-18,1 %) und Spanien (-17,1 %). In Deutschland sank diese um -9,2 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Einigung bei Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet

Am 29.04.2021 fanden die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) zu einer Einigung bzgl. der sogenannten Übergangsverordnung zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs von Kindern online. Die Übergangsverordnung soll es Anbietern von elektronischen Kommunikationsdiensten ermöglichen, auf freiwilliger Basis Inhalte mit Bezug zu sexuellem Kindesmissbrauch im Internet zu scannen, zu entfernen und zu melden. Die Übergangsverordnung wurde notwendig, da mit der Anwendung des Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation ab 21.12.2020 bestimmte Online-Kommunikationsdienste – wie Webmail oder Messaging-Dienste – unter die e-Privacy Richtlinie fallen. Diese enthält keine Rechtsgrundlage für die freiwillig Verarbeitung von Inhalts- oder Verkehrsdaten zum Zwecke der Aufdeckung, Entfernung oder Meldung von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet. Die Übergangsverordnung soll für drei Jahre gelten. Bis dahin sollen langfristige Rechtsvorschriften in diesem Bereich in Kraft getreten sein. Ein entsprechender Vorschlag wurde von der Kommission für das 2. Quartal 2021 angekündigt. Die politische Einigung muss nun noch von Rat und EP förmlich angenommen werden.

[Pressemitteilung des Rats](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen

Am 21.04.2021 legte die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen vor. Damit sollen die geltenden Bestimmungen der Richtlinie über die nichtfinanzielle Unternehmensberichterstattung (Richtlinie 2014/95/EU) überarbeitet werden. Der Richtlinienvorschlag ist Teil eines von der Kommission am 21.04.2021 vorgelegten Maßnahmenpakets (siehe hierzu den Beitrag des StMWi in diesem EB), welches dazu beitragen soll, die Anleger in die Lage zu versetzen, ihre Investitionen auf nachhaltigere Technologien und Unternehmen umzustellen. Durch die neuen Regelungen soll die Nachhaltigkeitsberichterstattung auf alle Großunternehmen – unabhängig von der Börsennotierung und ohne die bisherige Schwelle von 500 Beschäftigten – und alle börsennotierten kleinen und mittlere Unternehmen (KMU) erweitert werden. Dadurch würden künftig fast 50.000 Unternehmen anstatt derzeit 11.000 Unternehmen erfasst werden. Es sollen verbindliche EU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung eingeführt werden. Für börsennotierte KMU soll es „separate, angemessene“ Standards geben, die auch nicht börsennotierte KMU freiwillig anwenden können. Zur Festlegung der EU-Standards wird die Kommission delegierte Rechtsakte erlassen. Als nächstes müssen das Europäische Parlament und der Rat auf Basis des Kommissionsvorschlags den endgültigen Rechtstext aushandeln.

[Pressemitteilung der Kommission zum gesamten Maßnahmenpaket](#)

[Fragen und Antworten: Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung](#)



Europäisches Parlament und Rat nehmen Finanzprogramm „Justiz“ an

Am 19.04.2021 nahm der Rat und am 27.04.2021 das Europäische Parlament (EP) das Finanzprogramm „Justiz“ an (zum Programm „Rechte und Werte“ siehe Beitrag des StMAS in diesem EB).

Am 18.12.2020 hatten Verhandlungsführer der deutschen Ratspräsidentschaft und des EP hierzu eine vorläufige politische Einigung erzielt (siehe EB 01/21). Das Programm erstreckt sich auf die Jahre 2021 bis 2027, hat einen Umfang von 305 Mio. € und umfasst folgende Ziele:

- Erleichterung und Unterstützung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen und Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Unabhängigkeit und der Unparteilichkeit der Justiz;
- Unterstützung und Förderung der justiziellen Aus- und Fortbildung im Hinblick auf eine gemeinsame Rechts-, Justiz- und Rechtsstaatlichkeitskultur;
- Erleichterung eines effektiven, diskriminierungsfreien Zugangs zur Justiz, auch auf elektronischem Wege, und Unterstützung der Opfer von Straftaten sowie Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rats](#)

Europäisches Parlament billigt Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr

Am 29.04.2021 billigte das Europäische Parlament (EP) die Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr. Der Rat hatte die Verordnung bereits am 25.01.2021 angenommen (EB 02/21). Vorangegangen war eine politische Einigung Anfang Oktober 2020. Die Reform sieht Verbesserungen für Bahnreisende mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität vor. Auch soll es künftig leichter werden, Fahrräder im Zug mitzunehmen. Nach den neuen Regelungen müssen Eisenbahnunternehmen bei höherer Gewalt – wie beispielsweise extreme Wetterbedingungen oder einer Pandemie – keine Entschädigung mehr für Verspätungen oder Ausfälle zahlen. Zudem werden Eisenbahnunternehmen verpflichtet, sog. Durchgangsfahrkarten auf von ihnen betriebenen Strecke anzubieten. Die Verordnung kann nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und tritt am 20. Tag danach in Kraft. Umgesetzt werden müssen die neuen Regeln binnen zwei Jahren. Die Bestimmungen über Fahrradplätze gelten erst vier Jahre nach Inkrafttreten der neuen Verordnung.

[Pressemitteilung des EP vom 29.04.2021](#)

[Pressemitteilung des Rats vom 25.01.2021](#)

Dialog zur Rechtsstaatlichkeit in Deutschland

Im Rahmen des Rechtsstaatlichkeitsdialogs führten die Europaministerinnen und Europaminister am 20.04.2021 eine länderspezifische Diskussion zu den rechtsstaatlichen Entwicklungen in fünf Mitgliedstaaten,



darunter Deutschland. Ebenfalls diskutiert wurden die Entwicklungen in Irland, Griechenland, Spanien und Frankreich. Diese insgesamt zweite länderspezifische Diskussion fand auf Grundlage des von der Kommission am 30.09.2020 veröffentlichten Berichts zur Rechtsstaatlichkeit statt (zur ersten Diskussion am 17.11.2020 siehe EB 19/20). Nach der Sitzung erklärten die portugiesische Staatssekretärin *Ana Paula Zacarias* und Justizkommissar *Didier Reynders*, dass die Aussprache sehr offen und konstruktiv verlaufen sei. Diskutiert worden seien u. a. Themen wie die Digitalisierung der Justiz, die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft, Regelungen zur Lobbyarbeit und Medienpluralismus. Slowenien, das im zweiten Halbjahr die Ratspräsidentschaft übernehmen wird, hatte angekündigt, den Rechtsstaatlichkeitsdialog im Rat fortsetzen zu wollen.

[Tagungsseite des Rats](#)

[Pressekonferenz](#)

Terrorismusregister von Eurojust soll überarbeitet werden

Die Kommission veröffentlichte am 27.04.2021 einen Fahrplan, in der sie die Überarbeitung des Terrorismusregisters von Eurojust ankündigte. Das Terrorismusregister ist eine EU-weite Datenbank für terroristische Aktivitäten, die im September 2019 eingerichtet wurde (siehe EB 16/19). Dort werden Informationen gesammelt, um Verbindungen zwischen Verfahren gegen Terrorverdächtige zu erkennen. Die Überarbeitung ist für das 4. Quartal 2021 angekündigt. Ziel ist es, den digitalen Informationsaustausch über Terrorismus zwischen den EU-Ländern und Europol/Eurojust auszuweiten, diesbezüglich eine bessere Zusammenarbeit zwischen Europol und Eurojust zu gewährleisten, die Pflichten der EU-Länder zur Berichterstattung über Terrorismus zu präzisieren und das Register in den rechtlichen Rahmen für Eurojust einzubauen. Zum Fahrplan kann bis 25.05.2021 Rückmeldung gegeben werden.

[Zur Initiative der Kommission](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Kommission plant IT-Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen

Die Kommission plant, im 4. Quartal 2021 eine IT-Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen zu schaffen. Dies kündigte sie am 27.04.2021 in einem Fahrplan an. In gemeinsamen Ermittlungsgruppen kommen Staatsanwälte, Vertreter von Strafverfolgungsbehörden und Richter aus zwei oder mehr EU-Ländern zusammen, um grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen. Durch die Plattform sollen die Kommunikation und Zusammenarbeit erleichtert werden, ebenso wie der Austausch von Beweismitteln. Zum Fahrplan kann bis 25.05.2021 Rückmeldung gegeben werden.

[Zur Initiative der Kommission](#) (über Auswahl auf Deutsch verfügbar)



Öffentliche Konsultationen zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Schutz von Geschmacksmustern

Am 20.04.2021 veröffentlichte die Kommission zwei öffentliche Konsultationen zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Schutz von Geschmacksmustern. Die Konsultation läuft bis 22.07.2021. Das Geschmacksmusterrecht (bzw. Designrecht) schützt das Erscheinungsbild eines Produktes, das sich u. a. aus Form, Farbe oder Werkstoff ergibt, vor unbefugter Nutzung. Die Überarbeitung hatte die Kommission bereits im Aktionsplan für geistiges Eigentum im November 2020 angekündigt. Konkret sollen die Geschmacksmusterverordnung und die Geschmacksmusterrichtlinie überarbeitet werden. Entsprechende Vorschläge sollen im 2. Quartal 2022 veröffentlicht werden.

[Zur Konsultation bzgl. der Geschmacksmusterverordnung](#)

[Zur Konsultation bzgl. der Geschmacksmusterrichtlinie](#)

EuGH: Folgen einer Trunkenheitsfahrt bzw. Fahrt unter Drogeneinfluss mit ausländischem EU-Führerschein

Der EuGH entschied am 29.04.2021, dass ein Mitgliedstaat die Anerkennung eines in einem anderen Mitgliedstaat lediglich *erneuerten* Führerscheins ablehnen kann, nachdem er dessen Inhaber für sein Hoheitsgebiet ein Fahrverbot erteilt hat. Dagegen darf er auf dem Führerschein keinen Vermerk über das Fahrverbot in seinem Hoheitsgebiet anbringen. Denn diese Änderung falle in die ausschließliche Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Inhaber seinen Wohnsitz hat.

In der Rechtssache C-47/20 ging es um einen deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in Spanien. Wegen einer Trunkenheitsfahrt in Deutschland wurde ihm das Recht aberkannt, Kraftfahrzeuge in Deutschland zu führen. Noch während der angeordneten Sperrfrist erneuerten die spanischen Behörden seinen Führerschein und stellten neue Dokumente aus.

Die Fahrerlaubnisbehörde in Deutschland lehnte deren Anerkennung ab. Der EuGH entschied, dass die deutschen Behörden die Anerkennung nach der sog. Führerschein-Richtlinie (Richtlinie 2006/126) bei einer bloßen „Erneuerung“ des spanischen Führerscheins verweigern könnten. Eine Erneuerung könne nicht der Ausstellung eines neuen Führerscheins gleichgestellt werden. Denn die Mitgliedstaaten sind nach der Führerschein-Richtlinie nicht verpflichtet, bei der Erneuerung die Mindestanforderungen an die körperliche und geistige Fahrtauglichkeit zu prüfen.

In der Rechtsache C-56/20 wurde einem österreichischen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in Österreich wegen Fahrens unter Drogeneinfluss das Recht entzogen, in Deutschland Fahrzeuge zu führen.

Die deutschen Behörden verlangten die Übersendung des Führerscheins für die Eintragung eines Sperrvermerks.



Hierzu entschied der EuGH, dass Vermerke auf dem Führerschein in die ausschließliche Zuständigkeit eines Mitgliedstaates fallen, in dem der Inhaber seinen Wohnsitz hat (siehe hierzu auch den Beitrag des StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[Urteilstext Rechtssache C-47/20](#)

[Urteilstext Rechtssache C-56/20](#)

EuGH: Keine pauschale Ausgleichszahlung bei Flugumleitung zu nahe gelegenen Flughafen

Der EuGH entschied am 22.04.2021 in der Rechtssache C-826/19, dass die Umleitung eines Fluges zu einem nahe gelegenen Flughafen an sich noch keinen Anspruch auf eine pauschale Ausgleichszahlung nach der Fluggastrechte-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 261/2004) begründet. Das gelte für Flugumleitungen zu einem Flughafen, der denselben Ort, dieselbe Stadt oder dieselbe Region bedient wie der in der ursprünglichen Buchung vorgesehene Zielflughafen. Bei einer solch nur geringfügigen Flugumleitung muss die Airline allerdings die Kosten für die Beförderung zum ursprünglichen Zielflughafen übernehmen. Ein Anspruch auf pauschale Ausgleichszahlung ist allerdings dann gegeben, wenn der Fluggast sein Endziel, also den ursprünglichen Zielflughafen, mit mindestens drei Stunden Verspätung erreicht. Im vorliegenden Fall ging es um einen Flug von Wien nach Berlin. Das Flugzeug sollte ursprünglich auf dem Flughafen Berlin Tegel landen, landete schließlich aber mit fast einer Stunde Verspätung auf dem Flughafen Berlin Schönefeld.

[Pressemitteilung](#)

[Urteilstext](#)

EuGH: Beteiligung von Premierminister an Richterernennung in Malta zulässig

Der EuGH entschied am 20.04.2021, dass nationale Vorschriften, die dem Premierminister des betreffenden Mitgliedstaates eine entscheidende Befugnis bei der Richterernennung einräumen, nicht zwangsläufig gegen Unionsrecht verstoßen. Entscheidend sei, ob die Beteiligung eines unabhängigen Gremiums ebenfalls vorgesehen sei, das damit betraut ist, die Richteramtskandidaten zu beurteilen und dem Premierminister eine Stellungnahme zu übermitteln (Rechtssache C-896/19). Im konkreten Fall ging es um die bis August 2020 geltenden nationalen Vorschriften in Malta. Nach diesen konnte der Premierminister dem Präsidenten der maltesischen Republik Richteramtskandidaten vorschlagen. Aufgrund dieser Befugnis des Premierministers äußerte das vorliegende maltesische Gericht Zweifel an der Unabhängigkeit der ernannten Richter. Der EuGH führte aus, dass der maltesische Premierminister zwar über eine ihm fest zugeschriebene Befugnis bei der Richterernennung verfügte. Die Ausübung dieser Befugnis sei jedoch durch die von den Richteramtskandidaten zu erfüllenden, in der Verfassung vorgesehenen Voraussetzungen in Bezug auf Berufserfahrung eingegrenzt gewesen. Im Übrigen konnte der Premierminister zwar beschließen, dem Präsidenten der Republik die Ernennung eines Kandidaten zu unterbreiten, der nicht vom Ausschuss für Ernennungen im Justizwesen vorgeschlagen wurde. In diesem Fall sei er jedoch verpflichtet gewesen, seine Gründe u. a. der Legislativen



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 08/2021 vom 30.04.2021



mitzuteilen. Soweit der Premierminister von dieser Befugnis nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht und die Begründungspflicht strikt und effektiv eingehalten habe, sei – so der EuGH – diese Befugnis nicht geeignet, berechnete Zweifel an der Unabhängigkeit der ausgewählten Kandidaten zu wecken.

[Pressemitteilung](#)

[Urteilstext](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

FORSCHUNG/HOCHSCHULEN

Europäisches Parlament stimmt Horizont Europa endgültig zu

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 27.04.2021 den vom Rat bereits gebilligten Verordnungsvorschlag für das EU-Programm zur Förderung von Forschung und Innovation „Horizont Europa“ mit 677 zu 5 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Damit kann das Programm endgültig (rückwirkend zum 01.01.2021) formell in Kraft treten, nachdem eine politische Einigung im Dezember 2020 unter deutscher Ratspräsidentschaft erzielt werden konnte (EB 20/20).

Bestätigt wurde damit auch das Budget für die Förderperiode 2021 - 2027 in Höhe von 95,5 Mrd. €.

Ebenfalls angenommen wurden in der Sitzung das spezifische Programm für die konkrete Durchführung von Horizont Europa sowie die überarbeitete Verordnung zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und dessen Strategische Innovationsagenda (SIA) für die Jahre 2021 - 2027 (EB 03/21). Das 2008 gegründete EIT mit Sitz in Budapest gehört zur dritten Säule („Innovatives Europa“) von Horizont Europa und soll die Innovationsleistungen der EU durch Synergien und Zusammenarbeit zwischen Hochschulbildung, Forschung und Innovation fördern.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Informationen des EP zu Horizont Europa](#)

Europäischer Forschungsrat (ERC) vergibt Advanced Grants

Am 22.04.2021 hat der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) 209 Trägerinnen und Träger der Ausschreibungsrunde 2020 der Advanced Grants bekannt gegeben.

Mit den Advanced Grants erhalten etablierte Spitzenforscherinnen und -forscher und ihre Teams jeweils 2,5 Mio. € (in Einzelfällen aufstockbar auf bis zu 3,5 Mio. €), (letztmalig) aus dem Haushalt von Horizont 2020, um ihre exzellenten Projekte der Grundlagenforschung voranzutreiben.

Man geht davon aus, dass die Förderungen europaweit etwa 1900 neue Arbeitsplätze im wissenschaftlichen Bereich schaffen werden.

Das erfolgreichste Teilnehmerland ist das Vereinigte Königreich mit 51 Grants. Dahinter folgt Deutschland mit 40 Förderbewilligungen, vor Frankreich (22) und den Niederlanden (17).

Von den 40 deutschen Grants gehen sechs an folgende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an bayerischen Universitäten forschen: *Prof. Hendrik Dietz*, *Prof. Mikael Simons*, *Prof. Wolfgang Wall* (alle TUM), *Prof. Christian Kupatt-Jeremias* (Klinikum rechts der Isar der TUM), *Prof. Veit Hornung* (LMU), *Prof. Carolin Körner* (FAU Erlangen-Nürnberg).



Die Ausschreibung für die nächste Runde der ERC Advanced Grants läuft vom 20.05. bis 31.08.2021.

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

[Gesamtliste der Ausgezeichneten](#)

[Statistische Angaben](#) (in englischer Sprache)

KULTUR

Kommission lobt Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus aus

Am 23.04.2021 hat die Kommission im Rahmen einer hochrangigen Konferenz die Neues Europäisches Bauhaus (NEB)-Preise zur Unterstützung der laufenden Gestaltungsphase ausgelobt (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB). Damit werden Konzepte, Projekte oder Beispiele ausgezeichnet, die dem NEB innewohnende Werte Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion besonders überzeugend verkörpern. In zehn verschiedenen Kategorien werden jeweils zwei Preise vergeben: die „New European Bauhaus Awards“ für bereits bestehende Projekte (dotiert mit jeweils 30.000 €) und „New European Bauhaus Rising Stars“ für Ideen junger Talente (dotiert mit jeweils 15.000 €).

Die Kategorien sind: (1) Techniken, Materialien und Verfahren für Konstruktion und Design, (2) Bauen im Geiste der Kreislaufwirtschaft, (3) Lösungen für die wechselseitige Anpassung von gebauter Umwelt und Natur, (4) Regeneration städtischer und ländlicher Räume, (5) Produkte und Lifestyle, (6) Bewahrtes und neu genutztes Kulturerbe, (7) Neu gestaltete Orte der Begegnung und des Austausches, (8) Mobilisierung von Kultur, Kunst und Gemeinschaften, (9) Modulare, anpassungsfähige und mobile Wohnlösungen sowie (10) Interdisziplinäre Ausbildungsmodelle.

Bewerbungsschluss ist der 31.05.2021.

[Ankündigung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Plattform für die Teilnahme am Wettbewerb](#) (in englischer Sprache)

[Q&A zu den Preisen](#)

[Hintergrundinformationen für Bewerber](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Konferenz zum NEB vom 22. - 23.04.2021](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Nachhaltiges Finanzwesen: Kommission legt delegierten Rechtsakt zur Taxonomie und Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vor

Die Kommission hat am 21.04.2021 ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das dazu beitragen soll, in der EU mehr Geld in nachhaltige Tätigkeiten zu lenken. Das Paket enthält neben einer erläuternden Mitteilung insbesondere folgende Elemente:

- Der **delegierte Rechtsakt zur Taxonomie-Verordnung** enthält die technischen Bewertungskriterien für die Umweltziele Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (EB 19/20). Die formelle Verabschiedung des delegierten Rechtsaktes soll voraussichtlich Ende Mai erfolgen, sobald die Übersetzungen in allen EU-Sprachen vorliegen.
- Der **Vorschlag für eine Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen** (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB) dient der Überarbeitung der geltenden Bestimmungen der Richtlinie über die nichtfinanzielle Unternehmensberichterstattung. Dadurch sollen u. a. Berichtspflichten auf alle Großunternehmen und alle börsennotierten Unternehmen ausgeweitet werden.
- Mit Hilfe von **sechs delegierten Änderungsrechtsakten zu treuhänderischen Pflichten und zu Anlage- und Versicherungsberatung**

sollen Finanzunternehmen das Thema Nachhaltigkeit in ihre Verfahren und ihre Anlageberatung für Kunden einbeziehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Legislativtexte und ergänzende Dokumente](#) (in englischer Sprache)

Regionalbeihilfen: Kommission nimmt überarbeitete EU-Regionalleitlinien an

Die Kommission hat am 19.04.2021 ihre überarbeiteten EU-Leitlinien für Regionalbeihilfen für den Zeitraum 2022-2027 angenommen. Die Regionalleitlinien regeln, wie die Mitgliedstaaten – unter Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen in der EU – Unternehmen Beihilfen gewähren können, um die wirtschaftliche Entwicklung benachteiligter Gebiete zu fördern. Die überarbeiteten Leitlinien treten am 01.01.2022 in Kraft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Regionalleitlinien](#)



Kohäsionspolitik: Kommission veröffentlicht Bericht über die Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds

Die Kommission hat am 28.04.2021 ihren fünften Bericht über die Umsetzung der fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) veröffentlicht. Dem Bericht zufolge sind die Investitionsquoten der Fonds in der EU in den letzten Jahren erheblich gestiegen, von 28 % der Gesamtmittelausstattung im Jahr 2018 auf 56 % Ende 2020. Durch die Flexibilisierung der Kohäsionsvorschriften durch die Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Corona-Krise (CRII und CRII+) war es für die Mitgliedstaaten möglich, nicht abgerufene Mittel umzulenken und in anderen Bereichen einzusetzen. Daher flossen mehr als 22 Mrd. € in die Unterstützung von Gesundheitswesen, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Beschäftigung. Der heute veröffentlichte Bericht erscheint alle zwei Jahre und basiert auf den im September 2020 eingegangenen jährlichen Programmberichten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Binnenmarktprogramm: Finale Zustimmung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament (EP) hat am 28.04.2021 die Verordnung zur Aufstellung des EU-Binnenmarktprogramm angenommen. Die politische Einigung zwischen den Verhandlungsführern von EP, Rat und Kommission wurde bereits im Dezember 2020 erzielt (EB 20/20). Das Programm stellt die Fortsetzung des COSME-Programms dar und zielt darauf ab, die Umsetzung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften der EU in den Bereichen Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen, Marktüberwachung, Normung, Wettbewerbspolitik und Finanzdienstleistungen zu unterstützen. Der Rat hat seinen Standpunkt in erster Linie bereits am 13.04.2021 angenommen (EB 07/21), sodass die Verordnung in Kürze im EU-Amtsblatt veröffentlicht und rückwirkend ab dem 01.01.2021 gelten wird.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Terroristische Online-Inhalte: Finale Zustimmung des Europäischen Parlaments

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 28.04.2021 die Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte final angenommen. Hierzu hatten die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission im Dezember 2020 eine politische Einigung erzielt (EB 20/20). Die Verordnung zielt darauf ab, dass Behörden Internetplattformen dazu auffordern können, binnen einer Stunde terroristische Online-Inhalte von den Plattformen zu entfernen. Sie soll auch dazu beitragen, der Verbreitung extremistischer Ideologien im Internet entgegenzuwirken.

Nachdem der Rat die politische Einigung am 16.03.2021 ebenfalls bestätigt hat (EB 06/21) wird diese nun im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt zwanzig Tage später in Kraft. Ein Jahr später wird sie zur Anwendung kommen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)



Mechanismus für einen gerechten Übergang: Politische Einigung zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 26.04.2021 eine vorläufige politische Einigung zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor zur Förderung grüner Investitionen in der EU (EB 10/20) erzielt. Diese stellt die 3. Säule des Mechanismus für einen gerechten Übergang, der Teil des Investitionsplans für ein nachhaltiges Europa ist (EB 01/20), dar. Sie soll Zuschüsse für den öffentlichen Sektor i.H.v. 1,5 Mrd. € aus dem EU-Haushalt bereitstellen, beispielsweise für Investitionen in Fernwärmenetze und die Renovierung von Gebäuden. Die Europäische Investitionsbank wird bis zu 10 Mrd. € in Form von Darlehen bereitstellen, die weitere Investitionen mobilisieren sollen. Der Rat und das EP müssen diese Einigung nun vor ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt noch formal bestätigen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Konsultation zur Verlängerung von Übergangsbestimmungen im Bereich zentraler Gegenparteien aus Drittstaaten

Die Kommission hat am 28.04.2021 eine öffentliche Konsultation für eine Durchführungsverordnung zur Verlängerung der Übergangsbestimmungen im Zusammenhang mit Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (CCP) eingeleitet. Hierdurch sollen die Übergangszeiträume, in denen Institute Risikopositionen gegenüber einer in einem Drittstaat ansässigen in der EU nicht anerkannten CCP genauso behandeln dürfen wie anerkannte CCP, ausnahmsweise um 12 Monate verlängert werden. Durch die Verlängerung soll es der Kommission ermöglicht werden, ihre Bewertung der Gleichwertigkeit von CCP abzuschließen. Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 26.05.2021.

[Zur Initiative](#)

Fahrplan zur Strategie für EU-Kleinanleger

Die Kommission hat am 20.04.2021 einen Fahrplan für eine EU-Strategie für Kleinanleger veröffentlicht. Mit dieser soll sichergestellt werden, dass die Ergebnisse dieser Anlagen verbessert werden, eine stärkere Beteiligung von Verbrauchern gewährleistet und so das Vertrauen der Verbraucher in die Kapitalmärkte ausgebaut wird. Für das 2. Quartal 2021 ist eine öffentliche Konsultation geplant, die Annahme der Mitteilung für das 2. Quartal 2022. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 18.05.2021.

[Zur Initiative](#)



EU-Kartellrecht: Deutsche Bank an Kartell beteiligt

Die Kommission hat am 28.04.2021 gegen die Bank of America Merrill Lynch, die Crédit Agricole und die Credit Suisse wegen Kartellrechtsverstößen Geldbußen von insgesamt knapp 28,5 Mio. € verhängt. Da die ebenfalls an dem Kartell beteiligte Deutsche Bank die EU-Kartellwächter über das Bestehen des Kartells informierte, wurde gegen sie aufgrund der Kronzeugenregelung keine Geldbuße verhängt. Anderenfalls hätte diese für die Deutsche Bank rund 21,5 Mio. € betragen. Die Banken hatten sich an einem Kartell im Bereich des Handels mit auf US-Dollar lautenden supranationalen, staatlichen und halbstaatlichen Anleihen (SSA-Anleihen) auf dem Sekundärmarkt im Europäischen Wirtschaftsraum beteiligt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbußen gegen Deutsche Bahn und andere Eisenbahnunternehmen

Die Kommission hat am 20.04.2021 gegen die Deutsche Bahn (DB), die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und die belgische Société Nationale des Chemins de fer belges (SNCF) Geldbußen in Höhe von insgesamt 48 Mio. € wegen eines Verstoßes gegen das EU-Kartellrecht verhängt. Die Unternehmen waren Teil eines Kartells, bei dem es um die Aufteilung von Kunden im grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr ging. Nachdem die drei Eisenbahnunternehmen den Verstoß eingeräumt hatten, stimmten sie einem Vergleich zu.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor

Die Kommission hat am 21.04.2021 ein Maßnahmenpaket zur Künstlichen Intelligenz (KI) vorgelegt als Folge ihres im Februar 2020 vorgestellten Weißbuch Künstliche Intelligenz. Dieses beinhaltet einen neuen koordinierten Plan zur KI, einen Verordnungsvorschlag für harmonisierte Vorschriften für KI sowie einen Verordnungsvorschlag über Maschinenprodukte. Ziel des Maßnahmenpakets ist es, die KI-Verbreitung zu fördern, Innovationen und Investitionen im Bereich KI voranzubringen und gleichzeitig die Sicherheit und Grundrechte der Menschen und Unternehmen zu gewährleisten (siehe hierzu auch Beiträge des StMD und StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäisches Weltraumprogramm: Rat und Europäisches Parlament bestätigen politische Einigung

Der Rat hat am 19.04.2021 seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Weltraumprogramms für die Jahre 2021 bis 2027 angenommen. Das Europäische Parlament (EP) hat die Verordnung am 28.04.2021 im Rahmen seiner Plenarsitzung angenommen. Bereits im Dezember 2020 hatten



die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission eine vorläufige politische Einigung erzielt (EB 20/20). Das Programm soll u. a. dazu dienen, die Weiterentwicklung der derzeitigen europäischen Programme Copernicus und Galileo/EGNOS im Bereich der Satellitennavigation zu gewährleisten und ist mit einem Budget in Höhe von über 14 Mrd. € ausgestattet. Die Verordnung wird nun in Kürze im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Angenommener Text](#)

Neues Wissenszentrum für Erdbeobachtung

Die Kommission hat am 20.04.2021 ein neues Wissenszentrum für Erdbeobachtung ins Leben gerufen, mit dem die EU noch genauere Erkenntnisse aus der Erdbeobachtung gewinnen kann. Insbesondere soll dabei sichergestellt werden, dass die Entwicklung des Copernicus-Programms und andere Investitionen der Kommission in Erdbeobachtung und Forschung auch künftig den Erfordernissen der EU-Politik gerecht werden.

Durch Erdbeobachtungen können geografisch kodierte Daten über den Zustand der Erde erfasst und ausgewertet werden. Hierzu werden Satelliten, Flugzeuge, Drohnen oder Messstationen an besonderen Orten genutzt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Konsultation zur Halbzeitevaluierung des Zollkodex der Union

Die Kommission hat am 26.04.2021 eine öffentliche Konsultation zur Halbzeitevaluierung des Zollkodex der Union veröffentlicht. Die Evaluierung hat zum Ziel, die Effizienz und das Erreichen der gesetzten Ziele zu bewerten. Diese sind die Erleichterung des Handels in der EU, die Gewährleistung ordnungsgemäßer Kontrollen, die Vereinfachung des Zollrechts und die Schaffung eines papierlosen Arbeitsumfelds. Zuvor hatte die Kommission hierzu einen Fahrplan veröffentlicht (EB 11/20). Die Annahme des Berichts ist für das 4. Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zur Konsultation besteht bis 19.07.2021.

[Zur Konsultation](#)

Kein Vorankommen bei Rahmenabkommen mit der Schweiz

Bei einem Treffen zwischen Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* mit dem Schweizer Bundespräsidenten *Guy Parmelin* am 23.04.2021 konnten hinsichtlich des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz keine Fortschritte erzielt werden. Die Schweiz möchte die Themen Gehälter und entsandte Arbeitnehmer, staatliche Beihilfen und Freizügigkeit aus dem Abkommen ausschließen. Für die EU seien diese



Bedingungen allerdings nicht akzeptabel vor dem Hintergrund ihrer Bedeutung für den Binnenmarkt. Dennoch sei die Kommission grundsätzlich bereit einen Kompromiss zu finden.

Die Verhandlungen für das Rahmenabkommen, das viele Vorschriften, die bisher in bilateralen Verträgen geregelt sind, ersetzen soll, wurden 2014 aufgenommen und wurden bereits 2018 zum Abschluss gebracht. Nach wie vor steht allerdings die Unterzeichnung aus.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Europäisches Parlament nimmt Entschließung zum Bodenschutz an

Am 28.04.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 605 zu 55 Stimmen bei 41 Enthaltungen eine Entschließung zum Bodenschutz angenommen. Die Entschließung befasst sich mit verschiedenen Bodenbedrohungen und Sanierungsmaßnahmen und enthält u. a. eine Aufforderung an die Kommission, unter voller Beachtung des Subsidiaritätsprinzips einen EU-weiten gemeinsamen Rechtsrahmen für den Schutz des Bodens zu entwerfen. Zudem wird die Forderung an die Kommission gerichtet, Maßnahmen zur Verhinderung und/oder Minimierung der Bodenversiegelung in den Rechtsrahmen aufzunehmen, um das Ziel der Vermeidung von Bodenverschlechterung bis 2030 und einen Flächenverbrauch von Netto-Null bis spätestens 2050 zu erreichen. Sie solle das Recht auf wirksame Beteiligung und Konsultation der Öffentlichkeit bei der Flächennutzungsplanung vorsehen sowie die multifunktionale Rolle des Bodens in der Forschung angemessen berücksichtigen und bestehende Finanzierungsprogramme anpassen. Die Entschließung betont, dass gesunde Böden essenziell sind, um die Ziele des Europäischen Green Deals zu erreichen, und Bodenschutz und die nachhaltige Nutzung von Böden in alle sektorspezifischen Maßnahmen der EU aufzunehmen sind. Die Veröffentlichung des „Null-Schadstoff-Aktionsplans für Wasser, Luft und Boden“ der Kommission ist für Mai geplant.

[Entschließung](#)

Kommission veröffentlicht Studie zu „Carbon Farming“

Am 27.04.2021 hat die Kommission den Abschlussbericht einer zweijährigen Studie über die Einrichtung und Umsetzung von Carbon-Farming veröffentlicht. Gegenstand der Studie, die von 2018 bis 2020 durchgeführt wurde, sind Schlüsselfragen, Herausforderungen, Kompromisse und Gestaltungsmöglichkeiten zur Entwicklung von Carbon-Farming. Carbon Farming bezieht sich auf das Management von Kohlenstoffpools, des Kohlenstoff- und Treibhausgasflusses auf landwirtschaftlicher Ebene mit dem Ziel, den Klimawandel abzuschwächen. Sie überprüfte bestehende Programme, die klimabezogene Vorteile in den fünf Bereichen Wiederherstellung von Moorflächen und Wiedervernässung, Agroforstwirtschaft, Erhaltung und Verbesserung des organischen Kohlenstoffs im Boden auf mineralischen Böden, Grünlandmanagement sowie Kohlenstoff-Audit in der Tierhaltung entlohnen.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Carbon-Farming erheblich zu den Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen kann und insbesondere Vorteile in Bezug auf Kohlenstoffbindung und -speicherung sowie für die biologische Vielfalt und die Erhaltung von Ökosystemen mit sich bringt. Aufbauend auf dieser Studie und dem Beitrag mehrerer EU-finanzierter Projekte und Veranstaltungen plant die



Kommission, bis Ende 2021 eine Carbon-Farming-Initiative auf den Weg zu bringen (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Zusammenfassung der Studie](#) (in englischer Sprache)

[Handbuch zu technischen Leitlinien](#) (in englischer Sprache)

Kommission führt Befragung zum Fahrplan für nachhaltige urbane Mobilität durch

Am 27.04.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Fahrplan „Nachhaltiger Verkehr - neuer politischer EU-Rahmen für die Mobilität in der Stadt“ gestartet. Aufbauend auf dem Paket für die Mobilität in der Stadt aus dem Jahr 2013 und mit Blick auf die bis 2050 zu erreichenden Klimaziele sollen mit den in dieser Initiative vorgeschlagenen Maßnahmen den Mitgliedstaaten Anreize gegeben werden, urbane Verkehrssysteme aufzubauen, die sicher, zugänglich, inklusiv, erschwinglich, intelligent, resilient und emissionsfrei sind. Die Initiative befasst sich auch mit Fragen der durch den Verkehr verursachten Umweltverschmutzung und der Verkehrsüberlastung. Auch werden Lehren aus den Auswirkungen gezogen, die die COVID-19-Pandemie auf den öffentlichen Verkehr hat. Damit leistet die Initiative einen Beitrag für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und zu einem emissionsfreien Verkehr auf lokaler Ebene. Bis 25.05.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung. Anschließend ist auch eine öffentliche Konsultation dazu geplant (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB).

[Fahrplan](#)

Mechanismus für einen gerechten Übergang: Politische Einigung zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor

Am 26.04.2021 haben die Verhandlungsführer von Rat, Kommission und Europäischem Parlament (EP) eine vorläufige Einigung zum Vorschlag für eine Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor zur Förderung grüner Investitionen in der EU als dritte Säule des Mechanismus für einen gerechten Übergang erzielt. Ziel ist es, im Zeitraum 2021-2027 zwischen 25 und 30 Mrd. € an öffentlichen Investitionen zu mobilisieren. Die Fazilität wird aus 1,525 Mrd. € an Zuschüssen aus dem EU-Haushalt und 10 Mrd. € an Darlehen von der Europäischen Investitionsbank (EIB) bestehen. Förderfähig sollen nur Projekte sein, die keinen ausreichenden Fluss an eigenen Einnahmen generieren. Projekte in weniger entwickelten Regionen sowie Projekte, die zu den Klimazielen beitragen, und öffentliche Einrichtungen mit einem Dekarbonisierungsplan sollen dabei Vorrang erhalten. Zudem muss die Fazilität dem Prinzip „do no significant harm“ für Umwelt und Klima entsprechen. Sowohl EP als auch Rat müssen die politische Einigung noch formell bestätigen (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)



Kommission lobt Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus aus

Am 23.04.2021 hat die Kommission im Rahmen einer Konferenz zum Neuen Europäischen Bauhaus zwei Preise zur Unterstützung der laufenden Gestaltungsphase ausgelobt. Ziel ist es, Vorzeigeprojekte auszuzeichnen, die Nachhaltigkeit, Ästhetik und Teilhabe miteinander verbinden. Die Preise werden zum einen für bestehende Projekte „New European Bauhaus Awards“ (10 x 30.000 € und ein Kommunikationspaket) und zum anderen für neue Konzepte von Teilnehmern unter 30 Jahren „New European Bauhaus Rising Stars“ (10 x 15.000 € und ein Kommunikationspaket) vergeben. Für die Preise bestehen jeweils 10 Kategorien: (1) Techniken, Materialien und Verfahren für Konstruktion und Design, (2) Bauen im Geiste der Kreislaufwirtschaft, (3) Lösungen für die wechselseitige Anpassung von gebauter Umwelt und Natur, (4) Regeneration städtischer und ländlicher Räume, (5) Produkte und Lifestyle, (6) bewahrtes und neu genutztes Kulturerbe, (7) neu gestaltete Orte der Begegnung und des Austausches, (8) Mobilisierung von Kultur, Kunst und Gemeinschaften, (9) modulare, anpassungsfähige und mobile Wohnlösungen sowie (10) interdisziplinäre Ausbildungsmodelle. Einsendeschluss für die englischsprachige Bewerbung ist der 31.05.2021 (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB).

[Ankündigung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Plattform für die Teilnahme am Wettbewerb](#) (in englischer Sprache)

Vorläufige Einigung im Trilogverfahren zum Europäischen Klimagesetz

Am 21.04.2021 haben die Verhandlungsführer der Union im Rahmen der sechsten Trilogsitzung eine vorläufige Einigung zum Europäischen Klimagesetz erzielt. Die wesentlichen Elemente der Einigung sind neben der Erreichung der kollektiven Klimaneutralität bis 2050 ein Klimaziel für 2030 in Höhe von mindestens 55 % Reduktion der Netto-Emissionen im Vergleich zu 1990 (statt bisher 40 % Brutto-Emissionen) mit Begrenzung des anzurechnenden Beitrags von Emissionssenkern auf 225 Mt CO₂-Äquivalente. Die Kommission werde zudem eine Erklärung zur Überarbeitung der LULUCF-Verordnung dahingehend vorlegen, dass die Kohlenstoffsinken auf 300 Mt erhöht werden sollen, um ein de-facto-Klimaziel von 57 % zu erreichen. Spätestens sechs Monate nach der ersten globalen Bestandsaufnahme des Pariser Abkommens werde die Kommission unter Berücksichtigung des geplanten indikativen Treibhausgas-Budgets einen Vorschlag für ein 2040-Klimaziel vorlegen. Des Weiteren sieht die Einigung eine Verpflichtung zu negativen Emissionen nach 2050 sowie die Einrichtung eines Europäischen Wissenschaftlichen Expertenrats für den Klimawandel bestehend aus 15 hochrangigen wissenschaftlichen Experten, der unabhängige wissenschaftliche Beratung bieten wird, vor. Die Vereinbarung wird nun dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und dem Plenum des Europäischen Parlaments (EP) sowie dem Rat der Europäischen Union zur Annahme vorgelegt.

[Pressemitteilung des EP](#)



Nachhaltiges Finanzwesen: Kommission legt delegierten Rechtsakt zur Taxonomie und Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vor

Am 21.04.2021 hat die Kommission ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das dazu beitragen soll, in der EU mehr Geld in nachhaltige Tätigkeiten zu lenken. Das Paket enthält neben einer erläuternden Mitteilung einen delegierten Rechtsakt zur Taxonomie-Verordnung, der die technischen Bewertungskriterien für die Umweltziele Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel enthält. Die formelle Verabschiedung des delegierten Rechtsaktes soll voraussichtlich Ende Mai erfolgen, sobald die Übersetzungen in allen EU-Sprachen vorliegen. Des Weiteren ist ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen umfasst, die der Überarbeitung der geltenden Bestimmungen der Richtlinie über die nichtfinanzielle Unternehmensberichterstattung dient. Dadurch sollen u. a. Berichtspflichten auf alle Großunternehmen und alle börsennotierten Unternehmen ausgeweitet werden. Mit Hilfe der ebenfalls im Maßnahmenpaket enthaltenen sechs delegierten Änderungsrechtsakte zu treuhänderischen Pflichten und zu Anlage- und Versicherungsberatung sollen Finanzunternehmen das Thema Nachhaltigkeit in ihre Verfahren und ihre Anlageberatung für Kunden einbeziehen (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Legislativtexte und ergänzende Dokumente](#) (in englischer Sprache)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbot der Käfighaltung in der EU: Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative

Am 15.04.2021 fand im Petitions- und Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments eine Anhörung zu der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) mit dem Titel „End the Cage Age“ statt. Ziel der EBI ist es, die „grausame Behandlung von Nutztieren“ in Käfigen bis 2027 zu beenden. Die EBI, die ca. 1,4 Mio. Unterschriften gesammelt hat, fand insgesamt breite Unterstützung unter den Abgeordneten. Mehrere Europaabgeordnete wiesen jedoch auf die Kosten hin, die den Landwirten durch diese Änderungen entstehen, und betonten die Notwendigkeit von finanzieller Unterstützung, Anreizen sowie einer angemessenen Übergangszeit. Einige Abgeordnete forderten eine Lösung für das Problem der Importe aus Nicht-Mitgliedstaaten, die keine hohen Tierschutzstandards erfüllen. EU-Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* sicherte zu, das Thema anzugehen, wenn die Kommission 2023 einen Vorschlag für die Überarbeitung der bestehenden EU-Tierschutzvorschriften vorlege. Auch EU-Landwirtschaftskommissar *Janusz Wojciechowski* sprach sich grundsätzlich für die Unterstützung der Initiative aus. Wie in der F2F-Strategie angekündigt ist ein „Fitness-Check“ der Tierschutzregelungen der EU vorgesehen. Eine Überarbeitung der derzeit geltenden Verordnung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere (EU) 58/1998 ist für das Jahr 2023 vorgesehen.

[Website der Initiative](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)



Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor

Am 21.04.2021 hat die Kommission ein Maßnahmenpaket bestehend aus einer Verordnung zu Künstlicher Intelligenz (KI), einem neuen koordinierten Plan für KI sowie neuen Vorschriften für Maschinenprodukte veröffentlicht. Während die neue KI-Verordnung die Vertrauenswürdigkeit von KI-Systemen sicherstellen und entsprechende Standards festlegen soll, umfasst der koordinierte Plan die notwendigen Investitionen, um Europa eine Führungsposition bei der Entwicklung einer auf den Menschen ausgerichteten, sicheren KI zu sichern. Ziel des Verordnungsvorschlags zu Maschinenprodukten ist die Abdeckung neuer Risiken bei neu entstehenden digitalen Technologien, die Gewährleistung einer kohärenten Auslegung des Anwendungsbereichs und der Begriffsbestimmungen sowie die Verbesserung der Sicherheit für herkömmliche Technologien. Auch sollen Maschinen, die als hochriskant eingestuft werden, und die damit verbundenen Konformitätsverfahren neu bewertet werden. Der Vorschlag beinhaltet u. a. eine Präzisierung des Anwendungsbereichs, die Festlegung von Klassifizierungsregeln für Maschinen mit hohem Risiko sowie Verpflichtungen für Hersteller, Importeure und Händler, die an den Beschluss 768/2008/EG angeglichen werden sollen. Auch werden Anforderungen an die nationalen Behörden, die für die Konformitätsbewertungsstellen zuständig sind, festgelegt und die Marktüberwachung und Präzision des Verfahrens zum Abschluss von Schutzmaßnahmen gestärkt sowie grundlegende Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen zur Behandlung spezifischer Maschinenrisiken angepasst (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

[Verordnungsvorschlag für harmonisierte Vorschriften zu KI \(Artificial Intelligence Act\)](#) (in englischer Sprache)

[Koordinierter Plan zu KI](#) (in englischer Sprache)

[Verordnungsvorschlag zu Maschinenprodukten und Anhänge](#) (in englischer Sprache)

Kommission leitet Konsultation zu statistischen Daten für Marktüberwachung ein

Am 17.04.2021 hat die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Umsetzung einer Kommissionsverordnung über Vorschriften zur Übermittlung statistischer Daten für die Marktüberwachung und Kontrollen von Produkten, die in den EU-Markt eingeführt werden, eingeleitet. Die Verordnung 2019/1020/EU schafft einen neuen Rechtsrahmen für die Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie insbesondere für die Kontrollen von in den EU-Markt eingeführten Produkten. Mit dieser Initiative werden die statistischen Daten festgelegt, die von den EU-Ländern bis zum 31. März jedes Jahres übermittelt werden müssen und die sich auf die Kontrollen von dem EU-Recht unterliegenden Produkten beziehen, die von ihren benannten Behörden im vorangegangenen Kalenderjahr durchgeführt wurden. Bis 15.05.2021 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)



Kommission führt Befragung zur Fahrzeugsicherheit durch

Am 16.04.2021 hat die Kommission eine Konsultation zu dem Entwurf einer delegierten Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2014/47/EU über die technischen Unterwegskontrollen der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen, eingeleitet. Mit dieser Initiative wird die Liste der Fahrzeugklassen aktualisiert, die regelmäßig technischen Unterwegskontrollen zur Überprüfung ihrer Straßenverkehrstauglichkeit unterzogen werden. Außerdem wird das eCall-System in die Liste der in bestimmten Fahrzeugen regelmäßig zu überprüfenden Elemente aufgenommen. Bei einem Unfall sendet das eCall-System den Rettungsdiensten eine automatisierte 112-Nachricht mit Einzelheiten wie dem genauen Ort des Unfalls. Bis 14.05.2021 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB).

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Tagung Agrarrat

Am 26.04.2021 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei im Rahmen einer Videokonferenz. Da es sich um ein informelles Treffen handelte, wurden keine formellen Entscheidungen wie z. B. Ratschlussfolgerungen o. ä. getroffen.

Die portugiesische Ratsvorsitzende, Agrarministerin *Maria do Céu Antunes*, informierte die Ministerinnen und Minister über den aktuellen Stand der Trilog-Verhandlungen und stellte für die weiteren Verhandlungen der Strategieplanverordnung einen Kompromissvorschlag zur Grünen Architektur vor. Dieser solle dem Europäischen Parlament (EP) beim nächsten Trilog am 30.04.2021 vorgelegt werden.

Demnach soll der Anteil der Ökoregelungen am Budget der Ersten Säule von zunächst 22 % im Jahr 2023 auf 25 % bis 2025 ansteigen. Dabei solle die notwendige Flexibilität für die Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. An einer sog. Lernphase wird festgehalten. Die Ressortchefs hatten sich bekanntlich für die Ökoregelungen auf einen Anteil von 20 % geeinigt, während das EP 30 % fordert.

Die Kommission informierte über die aktuelle Lage des europäischen Agrarsektors und der europäischen Agrarmärkte und betonte, dass sich der Agrar- und Lebensmittelsektor während der COVID-19-Krise insgesamt als widerstandsfähig erwiesen und Ernährungssicherheit gewährleistet habe. Gleiches gelte für den Agrarhandel.

Es wurde eine Aussprache geführt, in welche Richtung sich die Handelsbeziehungen der EU zu Drittländern entwickeln sollten, um die Nachhaltigkeit und Umweltstandards des Agrar- und Lebensmittelsektors der EU zu wahren.

Die Kommission unterrichtete über das Ergebnis der Bewertung der EU-Tierschutzstrategie 2012 - 2015 und kündigte die Vorlage eines entsprechenden Gesetzgebungsvorschlags bis Ende 2023 an. Mehrere Ministerinnen und Minister merkten an, dass die Rechtsvorschriften über Tiertransporte überarbeitet werden müssten.

Die deutsche Delegation ersuchte die Kommission, bei verarbeiteten Lebensmitteln mit Eiern als Zutat (z. B. Teigwaren) eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht bezüglich der Legehennenhaltung zu prüfen.

Die nächste Tagung des Agrarrates wird am 26./27.05.2021, voraussichtlich physisch parallel zum nächsten Super-Trilog, stattfinden.

[Tagung Agrarrat](#)



Kommission veröffentlicht Studie zu Carbon Farming

Die Kommission hat am 27.04.2021 den Abschlussbericht einer zweijährigen Studie über die Einrichtung und Umsetzung von Carbon Farming veröffentlicht. Aufbauend auf dieser Studie und dem Beitrag mehrerer EU-finanzierter Projekte und Veranstaltungen plant die Kommission, eine Carbon-Farming Initiative bis Ende 2021 auf den Weg zu bringen.

Gegenstand der Studie „Technical Guidance Handbook – setting up and implementing result-based carbon farming mechanisms in the EU“, die von 2018 bis 2020 durchgeführt wurde, sind Schlüsselfragen, Herausforderungen, Kompromisse und Gestaltungsmöglichkeiten zur Entwicklung von Carbon Farming. Sie überprüfte bestehende Programme, die klimabezogene Vorteile in fünf vielversprechenden Bereichen belohnen: Wiederherstellung von Moorflächen und Wiedervernässung; Agroforstwirtschaft; Erhaltung und Verbesserung des organischen Kohlenstoffs im Boden auf mineralischen Böden; Grünlandmanagement und ein Kohlenstoff-Audit in der Tierhaltung.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Carbon Farming erheblich zu den Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen kann, was Vorteile in Bezug auf Kohlenstoffbindung und -speicherung und andere Vorteile wie die biologische Vielfalt und die Erhaltung von Ökosystemen mit sich bringt. Die Studie wird als Orientierungshilfe dienen, um privaten Akteuren und Behörden dabei zu helfen, eine wachsende Zahl von Initiativen zu Carbon Farming zu starten.

Carbon Farming kann durch EU- und nationale Politiken und private Initiativen gefördert werden. Diese neue Art der finanziellen Unterstützung wird eine neue Einkommensquelle für Landwirte schaffen. Die Mitgliedstaaten werden in der Lage sein, die Einführung von Carbon Farming im Rahmen der GAP zu beschleunigen, beispielsweise durch die Ökoregelungen oder Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Kommission hat Carbon Farming bereits in ihre Empfehlungen zu den strategischen Plänen der Mitgliedstaaten für die GAP aufgenommen.

[Kommission stellt Studie zu Carbon Farming vor](#) (in englischer Sprache)

Kommission nimmt neue Interventionsregelungen für Obst und Gemüse im Rahmen der GAP an

Die Kommission hat am 23.04.2021 neue Vorschriften zur Vereinfachung der Interventionsregelungen für Obst und Gemüse im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angenommen. Es handelt sich hierbei insbesondere um Vorschriften, die sich auf Tätigkeiten und Programme von Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsesektor beziehen. Diese Vereinfachung ebnet den Weg für die neue GAP, die ab 2023 gelten wird. Die Mitgliedstaaten können nun ihre nationalen Strategien für den Obst- und Gemüsesektor erweitern, um einen reibungslosen Übergang zwischen den aktuellen und den neuen Regeln zu gewährleisten.

[Kommission nimmt Interventionsregelungen für Obst und Gemüse an](#) (in englischer Sprache)



Kommission veröffentlicht Entwurf für Rechtsakt über Aufzeichnungen im Ökolandbau

Die Kommission hat am 13.04.2021 einen Entwurf einer delegierten Verordnung im Hinblick auf verpflichtende Aufzeichnungen im Ökolandbau veröffentlicht.

Öko-Erzeuger in der EU müssen Aufzeichnungen führen, um nachzuweisen, dass sie die EU-Vorschriften einhalten.

Mit dieser Initiative werden im Einklang mit der Verordnung EU (2018/848) die zu erfassenden Informationen ergänzt.

Rückmeldungen sind möglich bis 11.05.2021.

[Entwurf delegierte Verordnung](#)

Kommission veröffentlicht Entwurf für Rechtsakt zur Aktualisierung der Vorschriften für Handel mit Öko-Erzeugnissen

Die Kommission hat am 23.04.2021 einen Entwurf für einen Rechtsakt vorgelegt, um die Vorschriften für den Handel mit Öko-Erzeugnissen zu aktualisieren.

Nach Annahme der neuen Verordnung (EU) 2018/848 über die ökologische Produktion (die ab 2022 gelten wird) muss nun eine delegierte Änderungsverordnung erlassen werden, um die Vorschriften für den Handel mit Bio-Erzeugnissen anzupassen.

Rückmeldungen sind möglich bis 21.05.2021.

[Entwurf delegierte Verordnung](#)

Kommission veröffentlicht Entwurf für Rechtsakt zur Anerkennung von Kontrollbehörden und Kontrollstellen gemäß Öko-Verordnung

Die Kommission hat am 23.04.2021 den Entwurf eines Rechtsakts veröffentlicht, um die Anerkennung von Kontrollbehörden und Kontrollstellen für ökologische Erzeugnisse zu regeln. Dies wird im Hinblick auf die neue Öko-Verordnung (EU) 2018/848 erforderlich.

Mit dieser Initiative sollen Anforderungen an die gemäß der EU-Öko-Verordnung anzuerkennenden Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die Durchführung von Kontrollen bei Unternehmen und die Überwachung durch die Kommission geregelt werden.

Rückmeldungen sind möglich bis 21.05.2021.

[Entwurf delegierte Verordnung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Europäisches Parlament billigt Programm „Rechte und Werte“ für den EU-Haushalt 2021-2027

Das Europäische Parlament (EP) hat am 27.04.2021 das Programm „Rechte und Werte“ angenommen (zum Programm „Justiz“ siehe Beitrag des StMJ in diesem EB). Als Teil des künftigen Finanzrahmens der EU für den Zeitraum 2021-2027 sollen höchstens 1,55 Mrd. € (Budget von 641,7 Mio. € mit zusätzlichen Mitteln von maximal 912 Mio. €) dazu beitragen, die in den EU-Verträgen verankerten Rechte und Werte zu schützen, um offene, demokratische und inklusive Gesellschaften zu unterstützen. Die vier spezifischen Ziele des Programms „Rechte und Werte“ sind:

- Förderung der Gleichstellung und der Rechte, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, der Antidiskriminierung und der Rechte von Kindern,
- Förderung des Engagements und der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Leben der EU und Sensibilisierung für die gemeinsame europäische Geschichte,
- Bekämpfung von Gewalt, insbesondere gegen Kinder und Frauen,
- Schutz und Förderung der Werte der EU.

Zu diesen Zwecken werden Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Akteure, die auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene tätig sind, unterstützt sowie Bürgerbeteiligung und demokratische Teilhabe gefördert. Die Mitgliedstaaten sollen nationale Kontaktstellen einrichten, um Organisationen die Antragstellung zu erleichtern.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rats](#), der das Programm bereits am 19.02.2021 verabschiedet hatte

[Erläuterungen der Kommission](#)

Neuer Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ist künftig leichter zugänglich

Das Europäische Parlament (EP) hat am 27.04.2021 einen neuen Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) beschlossen. Auch im Zeitraum 2021-2027 soll der EGF Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige unterstützen, die ihre Arbeit verloren haben oder ihre Tätigkeit aufgeben mussten. Mit dem neuen Programm kommen nun alle Gründe für eine Umstrukturierung, auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise, und größere wirtschaftliche Umbrüche wie Dekarbonisierung oder Automatisierung für eine Inanspruchnahme des Fonds infrage. Die Abgeordneten des EP konnten in den Verhandlungen durchsetzen, dass die Interventionsschwelle für eine Unterstützung von 500 auf 200 verlorene Arbeitsplätze gesenkt wurde.

Die Nachricht über die Annahme des neuen EGF kam in der gleichen Woche wie ein Vorschlag der Kommission, aus dem laufenden Programm rund 500 ehemalige Beschäftigte der metallverarbeitenden Betriebe der GMH Guss in Deutschland zu unterstützen. Dort wurden Arbeitsplätze abgebaut, nachdem mehrere Kunden ihre Produktion in Länder außerhalb der EU verlagert hatten. Der EGF hilft Betroffenen von



Massenentlassungen bereits seit dem Jahr 2007. In Deutschland setzt die Bundesagentur für Arbeit in Abstimmung mit dem BMAS die Fördermaßnahmen nach Genehmigung durch die EU-Institutionen um.

[Pressemitteilung](#) des EP

[Pressemitteilung](#) der Kommission

[Webseite](#) des EGF

Initiative fordert starkes Signal des EU-Sozialgipfels im Kampf gegen Obdachlosigkeit

Im Vorfeld des EU-Sozialgipfels in Porto (07./08.05.2021) hat eine Initiative aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP), Mitgliedern des Ausschusses der Regionen, Bürgermeistern und NGOs ein verstärktes Engagement im Kampf gegen Obdachlosigkeit gefordert. In einem gemeinsamen Brief vom 23.04.2021 wird beklagt, dass die Kommission in ihren Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) kein gemeinsames europäisches Ziel zur Reduzierung von Obdachlosigkeit als Unterziel der Armutsbekämpfung aufgenommen habe. Die Initiative erwartet, dass die politische Erklärung des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs am 08.05.2021 eine „Verpflichtung zur Beendigung der Obdachlosigkeit bis 2030“ enthalte. Nach einer hochrangigen Konferenz zur sozialen Dimension Europas am 07.05.2021 wird am 08.05.2021 ein informeller Europäischer Rat in Porto stattfinden.

Während bereits von verschiedenen Seiten die Festlegung verbindlicher Ziele einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik gefordert wird, hat ein Bündnis aus elf Mitgliedstaaten auf die nationale Zuständigkeit in diesem Politikfeld hingewiesen. Jede Aktion auf EU-Ebene solle die unterschiedliche Aufteilung von Kompetenzen „vollständig respektieren“ und mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sein, heißt es in einem im Vorfeld des EU-Sozialgipfels von den Niederlanden, Österreich, Dänemark, Bulgarien, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Malta und Schweden veröffentlichten Papier.

[Offener Brief](#) bezüglich der Forderung nach Beendigung der Obdachlosigkeit (in englischer Sprache)

Umsetzung der neuen EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen angemahnt

Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihr Engagement in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu verstärken. Auf einer hochrangig besetzten Video-Konferenz wurde am 19./20.04.2021 die Anfang März von der Kommission vorgelegte Europäische Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderung 2021-2030 diskutiert (EB 05/2021). Die EU-Ratspräsidentschaft kündigte dabei an, „von Worten zu Taten“ übergehen zu wollen und den Ministern für Beschäftigung, Sozialpolitik und Verbraucherschutz (EPSCO) noch im Juni Schlussfolgerungen vorzuschlagen, um eine politische Verpflichtung der 27 Mitgliedstaaten für die Umsetzung der Strategie zu erreichen.

[Pressemitteilung](#) der portugiesischen Ratspräsidentschaft.

[Europäische Strategie](#) für die Rechte von Menschen mit Behinderung 2021-2030



Europäischer Solidaritätskorps: EU-Mittel für Jugendeinrichtungen und junge Menschen

Die Kommission hat am 15.04.2021 den Programmleitfaden 2021 zum Europäischen Solidaritätskorps (ESK) veröffentlicht. Dieses EU-Programm bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich in Freiwilligen- und Solidaritätsprojekten zu engagieren. Organisationen, die sich mit Projekten beteiligen möchten, müssen sich zuvor bei „JUGEND für Europa“ akkreditieren lassen. Diese Organisation ist von der Kommission beauftragt, als Nationale Agentur den ESK in Deutschland gemäß umzusetzen.

[Homepage](#) von JUGEND für Europa



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Coronavirus: Europäisches Parlament nimmt Verhandlungsmandat zu digitalem grünem Pass an

Das Europäische Parlament (EP) hat am 28.04.2021 seine Position zu den Verordnungsvorschlägen zum digitalen grünen Zertifikat beschlossen (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). Aus Sicht des EP dürfen Inhaber eines EU-COVID-19-Zertifikats keinen zusätzlichen nationalen Reisebeschränkungen wie Quarantäne oder Tests unterworfen werden. Zudem sprachen sich die Abgeordneten u. a. für eine Befristung der Regelung auf 12 Monate aus. Nachdem der Rat sich bereits am 14.04.2021 zu den Vorschlägen positioniert hatte (EB 07/21), ist nun der Weg frei für Trilog-Verhandlungen.

Die Kommission hatte am 17.03.2021 Verordnungsvorschläge über einen digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit während der Coronavirus-Pandemie vorgelegt (EB 06/21). Die Verordnungsvorschläge legen den Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate fest, mit denen durchgeführte Coronavirus-Impfungen und -Tests sowie die Genesung von einer COVID-19-Infektion bescheinigt werden. Parallel zum EU-Gesetzgebungsverfahren läuft die technische Umsetzung auf EU- und nationaler Ebene (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB).

[Angenommener Text „Digitales grünes Zertifikat – Unionsbürgerinnen und Unionsbürger“](#)

[Angenommener Text „Digitales grünes Zertifikat – Drittstaatsangehörige“](#)

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Europäisches Parlament billigt erleichterte Zulassung für adaptierte Impfstoffe

Das Europäische Parlament hat am 27.04.2021 beschlossen, keine Einwände gegen die delegierte Verordnung der Kommission vom 24.03.2021 zu erheben, durch die für adaptierte Impfstoffe gegen Coronavirus-Varianten ein beschleunigtes Zulassungsverfahren eingeführt werden soll. Die delegierte Verordnung sieht vor, dass Änderungen bereits zugelassener Coronavirus-Impfstoffe auf Basis einer verringerten Datengrundlage genehmigt werden können, sofern das Nutzen-Risiko-Verhältnis positiv ausfällt und die fehlenden Daten vom Zulassungsinhaber nachgereicht werden.

Ein beschleunigtes Zulassungsverfahren für Impfstoffe gegen Varianten des Coronavirus ist eine Maßnahme aus dem am 17.02.2021 veröffentlichten Strategiepapier „HERA Inkubator: unsere gemeinsame proaktive Antwort auf die Bedrohung durch COVID-19-Varianten“ (EB 04/21). Die Strategie unterteilt sich in drei Schwerpunktbereiche: Verbesserung von Nachweis, Analyse und Bewertung von Virusmutationen; Beschleunigung des Zulassungsverfahrens für an Virusvarianten angepasste Impfstoffe sowie Ausbau der Produktionskapazitäten für Impfstoffe in Europa.

[Angenommener Text](#)

[Delegierte Verordnung der Kommission vom 24.03.2021](#)



Coronavirus: Gerichtsverfahren gegen AstraZeneca wegen Vertragsverletzung startet

Die Kommission hat am 26.04.2021 mitgeteilt, sie habe rechtliche Schritte gegen AstraZeneca wegen Verletzung des mit dem Unternehmen geschlossenen Impfstoff-Rahmenvertrags eingeleitet. Die Kommission erklärte, sie wolle sicherstellen, dass eine schnelle Lieferung der im Vertrag versprochenen Impfdosen erfolge. Die Kommission klagt auch im Namen der 27 Mitgliedstaaten, von denen die Klage unterstützt werde.

In Umsetzung der EU-Impfstoffstrategie hatte die Kommission im vergangenen Jahr einen Vertrag mit AstraZeneca über bis zu 400 Mio. Dosen des von dem Unternehmen gemeinsam mit der Universität Oxford entwickelten Impfstoffs geschlossen (EB 14/20). Der Impfstoff ist seit dem 29.01.2021 EU-weit zugelassen. Im Zusammenhang mit dem Auftreten von bestimmten sehr seltenen Nebenwirkungen hat die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) am 23.04.2021 eine vertiefte Bewertung vorgelegt.

[Tweet von Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides zur Klageerhebung](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EMA zur Bewertung des Impfstoffs](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Technische Umsetzung des digitalen grünen Zertifikats

Die Kommission hat am 22.04.2021 mitgeteilt, sie habe gemeinsam mit den Mitgliedstaaten im Rahmen des eHealth-Netzwerks technische Spezifikationen zur Umsetzung des digitalen grünen Passes beschlossen (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB). Dabei geht es um Datenstruktur und Kodierungsmechanismen, sowie um das EU-Gateway. Das EU-Gateway wird von der Kommission eingerichtet und soll den Austausch von elektronischen Signaturschlüsseln ermöglichen, damit die Echtheit von digitalen grünen Zertifikaten EU-weit überprüft werden kann. Außerdem beschreiben die Leitlinien Referenzimplementierungen für Software zur Ausstellung von digitalen grünen Zertifikaten, eine Referenz-App zur Verifizierung von Zertifikaten und eine Vorlage für eine Wallet-App, in der die Bürger die Zertifikate speichern können. Die Kommission plant, dass die technische Umsetzung im Juni abgeschlossen werden kann.

Die Kommission hatte am 17.03.2021 Verordnungsvorschläge über einen digitalen grünen Pass zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit während der Coronavirus-Pandemie vorgelegt (EB 06/21). Die Verordnungsvorschläge legen den Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate fest, mit denen durchgeführte Coronavirus-Impfungen und -Tests sowie die Genesung von einer COVID-19-Infektion bescheinigt werden.

[Pressemitteilung](#)

[Weiterführende Informationen](#)

Coronavirus: Kommission verlängert Mehrwertsteuer- und Zollbefreiung für importierte medizinische Ausrüstung

Die Kommission hat am 19.04.2021 beschlossen, die temporäre Mehrwertsteuer- und Zollbefreiung von bestimmten, aus Drittstaaten importierten Arzneimitteln und Medizinprodukten bis zum 31.12.2021 zu



verlängern. Dies ist bereits die dritte Verlängerung der am 03.04.2020 eingeführten Ausnahmeregelung (EB 07/20). Die Entscheidung betrifft persönliche Schutzausrüstung, Testkits, Beatmungsgeräte und andere medizinische Ausrüstung.

Das Zollrecht der EU sieht für Katastrophenfälle die Möglichkeit der zollfreien Einfuhr von Waren vor. Voraussetzung hierfür ist ein Beschluss der Kommission, der auf Antrag der betroffenen Mitgliedstaaten gefasst wird. Entsprechende Bestimmungen für die Befreiung der Einfuhr bestimmter Gegenstände von der Mehrwertsteuer finden sich auch im Mehrwertsteuerrecht der EU.

[Weiterführende Informationen](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Kommission legt Folgemaßnahmen aus dem Weißbuch Künstliche Intelligenz vor

Am 21.04.2021 legte die Kommission Folgemaßnahmen aus ihrem Weißbuch Künstliche Intelligenz (KI) von Februar 2020 vor. Neben einer umrahmenden Mitteilung legte sie den Vorschlag für eine Verordnung für harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz (KI-Verordnung), den Vorschlag für eine Verordnung über Maschinenprodukte sowie einen aktualisierten koordinierten Plan für gemeinsame Maßnahmen und Investitionen von Kommission und Mitgliedstaaten vor. Mit dem koordinierten Plan sollen perspektivisch 20 Mrd. € öffentliches und privates Kapital jährlich für KI mobilisiert werden. Der Vorschlag einer KI-Verordnung sieht Anforderungen für KI-Anwendungen vor. Für Anwendungen mit eingeschränktem Risiko, z. B. Chatbots, werden Transparenzpflichten eingeführt. Hochrisiko-Anwendungen sollen zukünftig vor Markteinführung auf Anforderungen wie Datenqualität, menschliche Aufsicht und Cybersicherheit geprüft werden. Als Hochrisiko-Anwendungen gelten zum einen KI-Anwendungen, die Sicherheitskomponenten von Produkten wie Spielzeuge oder Fahrzeuge aller Art sind. Zum anderen Anwendungen für biometrische Fernerkennung, kritische Infrastruktur, die Zugang zu Bildung, Beschäftigung oder wichtigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen beeinflussen, die der Strafverfolgung sowie dem Migrations-, Asyl- und Grenzmanagement dienen oder in der Rechtspflege eingesetzt sind. Anwendungen, die der Verhaltensmanipulation oder -überwachung („social scoring“) dienen, sollen verboten werden. Auch Anwendungen der biometrischen Echtzeit-Fernüberwachung in der Öffentlichkeit zum Zwecke des Gesetzesvollzugs werden mit gewissen Ausnahmen verboten. Die Kommission hat zum Vorschlag für eine KI-Verordnung ein Feedback-Verfahren eröffnet, über das bis zum 22.06.2021 Rückmeldungen gesammelt werden, die von der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat weitergeleitet werden, um sie in die legislative Debatte einfließen zu lassen (siehe hierzu auch Beiträge von StMI, StMWi und StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführenden Links

[Verordnungsvorschlag für harmonisierte Vorschriften zu KI](#) (in englischer Sprache)

[Neuer Koordinierter Plan zu KI](#) (in englischer Sprache)

[Webseite zum Feedback-Verfahren](#)

Technische Umsetzung des Digitalen Grünen Zertifikats

Die Mitgliedstaaten haben sich über das eHealth-Netzwerk auf die wichtigsten technischen Spezifikationen für die Implementierung des Digitalen Grünen Zertifikats geeinigt. Dabei geht es um Datenstruktur und Kodierungsmechanismen sowie um das EU-Gateway. Das Gateway wird von der Kommission eingerichtet und wird den Austausch von elektronischen Signaturschlüsseln ermöglichen, damit die Echtheit von Digitalen Grünen Zertifikaten EU-weit überprüft werden kann. Die Kommission plant, dass die technische Umsetzung im Juni abgeschlossen ist. Außerdem beschreiben die gemeinsam beschlossenen Leitlinien Referenzimplementierungen für Software zur Ausstellung von Digitalen Grünen Zertifikaten, eine Referenz-App



zur Verifizierung von Zertifikaten und eine Vorlage für eine Wallet-App, in der die Bürger die Zertifikate speichern können. Zwar obliegt es den Mitgliedstaaten, diese Systeme auf nationaler Ebene einzurichten, die Referenzimplementierungen sollen aber dazu beitragen, die Einführung zu beschleunigen, da die Mitgliedstaaten auf ihnen aufbauen können. Die Referenzimplementierungen werden quelloffen sein und sollen bis Mitte Mai zur Verfügung stehen. Das digitale grüne Zertifikat dient grenzüberschreitenden Überprüfung und Anerkennung von Impf-, Test- und Genesungszertifikaten bezüglich Covid-19 (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Webseite des eHealth-Netzwerks mit weiterführenden Links](#) (in englischer Sprache)

Auszeichnung EU-geförderter Filme bei den Academy Awards

Zwei über das EU-Programm Kreatives Europa MEDIA geförderte Filme wurden dreimal bei den 93. Academy Awards in Los Angeles [ausgezeichnet](#). Das dänische Drama „Der Rausch“ von *Thomas Vinterberg* erhielt einen Oscar als bester internationaler Film. „The Father“ von *Florian Zeller* erhielt einen Oscar für das beste adaptierte Drehbuch und der Oscar als bester Hauptdarsteller ging an *Anthony Hopkins* für seine Rolle als dementer Vater in diesem Film. Die EU unterstützte die Entwicklung und den internationalen Vertrieb der beiden oben genannten Filme mit einer Investition von über 1,4 Mio. €. Insgesamt fanden sich in den verschiedenen Kategorien sieben Filme, die vom Förderprogramm Kreatives Europa MEDIA unterstützt wurden. Sie kamen gemeinsam auf 14 Nominierungen.